

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marzahn, Magdeburg. Verantwortlich für Druck: W. G. H. B. A. N., Magdeburg. Verlag von Hermann Carbaum, Magdeburg. Preis für den Abonnenten: 1.70 M., 2. Exempl. 2.00 M. In der Expedition und bei den Postämtern 2.25 M. pro Quartal. Einzelhefte 15 Pf. — Inseratgebühren die schlagpapiertene Zeitungszeile 15 Pf. — Postbestellungsliste Nr. 7899

Nr. 261.

Magdeburg, Freitag, den 7. November 1902.

13. Jahrgang.

Religions-Unterricht und Gewissensfreiheit.

Vor kurzem hat der Regierungs-Präsident in Magdeburg bekanntlich angeordnet, daß diejenigen Väter, welche ihre Kinder in einer anderen Religion als ihrer eigenen unterrichten lassen wollen, dies dem Schulkollegium mitzuteilen haben. Diese Anordnung hatte nirgends Mißbilligung erregt, im Gegenteil allgemeine Zustimmung gefunden. Leider arbeitet aber die preussische Bureaucratie nicht einheitlich, und wenn eine neue Anordnung des Regierungs-Präsidenten für Potsdam die Zustimmung des Ministeriums findet, so kann die Frage zu recht unständlichen Belästigungen der Eltern führen; der gangbare Weg der Magdeburger Regierung kann durch die schwierige Weisheit der Potsdamer Anordnung ersetzt werden. Der neue Ukas des Potsdamer Regierungs-Präsidenten lautet:

1. Die Willenserklärung, daß Kinder in einer anderen Konfession unterrichtet werden sollen, als es nach den bestehenden gesetzlichen Anordnungen sonst geschehen müßte, ist fortan von den Eltern vor dem Landrat, Richter oder Notar abzugeben. In den kreisfreien Städten tritt an Stelle des Landrats der Leiter der Polizeiverwaltung.

2. Für die Gültigkeit der aufzunehmenden Verhandlung ist es unerlässlich, daß die Eltern sich persönlich vor dem Landrat (Polizeidirektor, Polizeiverwalter) einstellen. Bei weiten Entfernungen auf dem Lande wird gestattet, daß die Landräte im einzelnen Falle die Amtsvorsteher ermächtigen, die Erklärung entgegen zu nehmen. Die Schulnachsichtorgane haben Anträge der Beteiligten auf Ermächtigung eines Amtsvorstehers zur Entgegennahme der Erklärung anzunehmen und an die Landräte zu befördern.

3. Die Erklärung darf sich nur auf solche Kinder erstrecken, die entweder bereits im schulpflichtigen Alter stehen oder binnen 8 Monaten, vom Tage der Erklärung ab gerechnet, schulpflichtig werden.

4. Die Kreis-Schulinspektoren haben die Schulvorstände (Schuldeputationen) hiernach anzuweisen, daß sie ihre gesetzlich beratende Erklärung entgegenzunehmen nicht mehr berechtigt sind. In solche Erklärung, die den Schulvorständen abschriftlich zugestellt wird, nicht erfolgt, so müssen Kinder, die einer anderen Konfession angehören, unbedingt vom Religionsunterricht zurückgewiesen werden.

Nach den fast in ganz Deutschland gültigen Bestimmungen gehören sämtliche ehelichen Kinder der Religion des Vaters an, es sei denn daß beide Eltern damit einverstanden sind, daß das Kind einer anderen Religion zu überweisen ist. — Wenn der Vater im Regierungsbezirk Potsdam ein Kind aus irgend einem Grunde in einer Religion unterweisen lassen will, zu der er sich nicht rechnet, so hat er sich an — die Polizei zu wenden. Welche neuen Belastungen der Hochwohlgeblichen! Wer in diesem Falle mit der heiligen Herrnhad nichts zu thun haben will, hat die Wahl, ob er zum Richter oder Notar gehen will, d. h. 1.50 Reich Geld, zu entrichten will.

Wahrscheinlich viel wichtiger ist die Frage nach der Einteilung des Religionsunterrichts überhaupt. Als das Toleranzgesetz im Reichstag zur Beratung stand, beantragten unsere Vertreter, daß der Religionsunterricht in allen Schulen abgelehrt wird, wobei den Eltern das Recht gewahrt werden sollte, ihren Kindern privatim Religion-Unterricht erteilen zu lassen oder sie in Religionschulen zu schicken.

Dadurch wäre es ermöglicht worden, die Volksbildung zu fördern; die Zeit, welche jetzt für den Religion-Unterricht in Anspruch genommen wird, wäre für andere Fächer frei geworden. Es ist ein Wunder, daß die Kinder des Volkes nicht einmal lernen ihre Muttersprache zu beherrschen. Das Verständnis für die ehernen, geistigen Genüsse des Lebens geht verloren; die Verbrechen werden durch die Unbildung vermehrt. Da es aber den Besitzenden schämen muß darauf ankommt, daß recht viel Religionsunterricht erteilt wird, weil man von dem Glauben an „die Unsterblichkeit der Seele“ was man der Einimpfung der „Teufel“ eine Wirkung erwartet gegen die Arbeiterbewegung erwarten, stimmten die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme gegen den Antrag. In der Vorbereitung der wissenschaftlichen Mission liegt den Herren nichts, denn je dümmere die Arbeiter sind, um so geeigneter sind sie dazu, sich zu niedrigen Löhnen bei langer Arbeitszeit und schlechter Behandlung ausbeuten zu lassen. — Die Kirche und die Geistlichen an der Einteilung von privatem Unterricht zu hindern ist unsere Absicht nicht gewesen; das Gegenteil stand so klar im sozialdemokratischen Antrag vermerkt, daß nur bewußte Lüge uns ein Vorgehen gegen die religiöse Freiheit der Frommen nachsagen kann. Im Gegenteil hätten alle überzeugten Bekämpfer der Kirche für den Antrag stimmen müssen, der ihre volle Freiheit ließ.

Bezeichnend war, daß Herr Herbert Bismarck mit den Konservativen, der Reichspartei, den Nationalliberalen, dem Zentrum, den Antisemiten und die Freisinnige Volkspartei

auch gegen den Antrag stimmten, den Religionsunterricht für ein Fach zu erklären, an dem die Beteiligung von dem freien Willen der Eltern abhängt. Wie oft kommt es nicht vor, daß jemand aus äußerlichen Gründen einer Religion angehört, mit der er innerlich längst gebrochen hat! Wenn das Kind von seinen Eltern ein abfälliges Urteil über den Religionsunterricht hört, wird es in den meisten Fällen mit Unlust an der frommen Unterweisung teilnehmen; der Unterricht wird für das Kind zu einer Plage werden! Gerade die Religionen hätten diesen Standpunkt teilen müssen, wenn sie es aufrichtig mit ihrer Religion meinen! Aber denn Wolke muß ja künstlich „die Religion erhalten werden“.

Ein ganz besonderer Skandal aber ist es, daß vielfach Kinder sogar gezwungen werden, an der Religion Andersgläubiger teilzunehmen. Im Königreich Sachsen kann jedes Kind, für dessen Religionsunterricht nach der Meinung der Behörden nicht genügend gesorgt ist, zur Teilnahme am katholischen oder evangelischen Unterricht gezwungen werden. Kinder, die freireligiös oder jüdisch sind, auch solche, die einer kleineren christlichen Sekte (Herrnhuter, Methodisten, Baptisten, Altkatholiken, Griechisch-katholische, Heilsarmee usw.) angehören, können in einen Unterricht hineingezwungen werden, der mit den Anschauungen ihrer Eltern im grellsten Widerspruch steht.

In Preußen müssen katholische Kinder an Orten, in denen sich keine katholische Schule befindet, oder an der Schule nicht katholischer Unterricht erteilt wird, sobald es die Schulbehörde verlangt, sogar dann am evangelischen Unterricht teilnehmen, wenn sie katholischen Privatunterricht haben. Ein thörichter Rest aus der Kulturkampfszeit, der der Unwissenheit „ihrer“ Arbeiter durch die katholischen Pfaffen entspringt.

Außerdem müssen in Preußen alle Kinder Religionsunterricht haben; es steht den Eltern nur frei, zu bestimmen, welche „anerkannte“ Religionsgemeinschaft ihre Kinder mit der staatlich vorgezeichneten Seelsorge versehen soll. Magdeburg ist unseres Wissens der einzige Ort, in dem die freireligiöse Gemeinde Anerkennung gefunden hat. Anderwärts müssen in Preußen die religionslosen oder freireligiösen Kinder in den Volksschulen die höherer Lehranstalten nicht christlichen oder jüdischen Unterricht nehmen. Bei dem Toleranzgesetz wurde wenigstens beschlossen, daß kein Kind mehr gezwungen werden soll, sich in der Religion Andersgläubiger unterrichten zu lassen.

Zwar schien Herbert Bismarck, den Konservativen, der Reichspartei und den Antisemiten, schon diese Bestimmung staatsgefährlich, doch gaben unsere Parteigenossen den Ausschlag, um sie zu retten.

In der Endabstimmung über das Toleranzgesetz stimmten das Zentrum und die Freisinnige Volkspartei mit unseren Parteigenossen dem Entwurf zu, der Annahme fand. Leider legte der Bundesrat sein Veto ein. Der Freisinn und vor allem das Zentrum, das sich seiner „Toleranz“ so rühmte, werden den Etat nicht verweigern. Die Undankbarkeit der herrschenden Klassen wird nach wie vor triumphieren. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. November 1902.

Aus dem Reichstage.

Bg. Berlin, 5. November. Der Telegraph hat gut gespielt. Die Mehrheitsparteien haben ein beschlußfähiges Haus zur Stelle gebracht. Sie bemühten diese ihre Mehrheit, um der ihnen ersichtlich sehr unangenehmen Kartell-Debatte ein frühzeitiges Ende zu machen, nachdem Müller-Sagan, der getreue Knappe Eugen Richter, ehren- und schandenhalber ein paar Sätze zur Unterstützung der Intrige Albrecht und Barth gemurmelt, Graf Kanitz in Ermangelung sachlicher Gegenstände sich mit herzerquickender Offenheit zum Prinzip der Knebelpolitik bekannt und Gothein noch einmal scharf mit der staatlichen Trutzlichkeit ins Gericht gegangen war.

Sodann kam die Abstimmung. Sie war eine namentliche und ergab — natürlich — Ablehnung des Antrages sowie des freisinnigen Eventualantrages mit beträchtlicher Mehrheit. Bei der Beratung eines weiteren Antrages unserer Fraktion, Vollstreitigkeiten gerichtlicher Entscheidung zu unterwerfen, schwiegen sich die Mehrheitsparteien kurzerhand völlig aus. Die schärfsten Angriffe Stadthagens, der geschickt und wipig sprach, die freundlichen Aufforderungen unseres Redners sowie des Freisinnigen W. D. M. E. L., der nach ihm das Wort ergriff, an die Adresse des Zentrums blieben zwar nicht unbeachtet, aber doch unbeantwortet; denn die paar verlegenen Worte, die Herr v. T. H. E. L. M. A. N. N. zu sagen

sich bemüht hat, können mit bestem Willen nicht als Antwort gerechnet werden.

Die Mehrheit schwieg; aber von der Mehrheit bröckelten Gruppen ab: die Polen erklärten sich durch den Mund des Herrn v. Dziembowski — der den Fall Böhmung zu streifen mußte —, die Nationalliberalen durch Wassermann für den Antrag unserer Fraktion. Die Abstimmung war wieder eine namentliche; es stimmten 244 Abgeordnete ab; die Niederstimmungsmeinheit betrug diesmal — bei dem Abfall der Nationalliberalen und Polen — nur 132. Mit „Ja“ stimmten 111; ein Abgeordneter enthielt sich. — Um 5 1/2 Uhr wurde die weitere Verhandlung auf morgen — wieder um 12 Uhr — vertagt. —

Vom Unfall der Heberzöllner.

Die Cylinderhut-Konferenzen des Centrums-Abgeordneten Spahn sind einstweilen gescheitert. Die „Stdn. Volksztg.“, das Organ des Abg. Bachem, erklärt, für die Fraktion des Centrums könne auf das Bestimmteste versichert werden, daß Vergleichsverhandlungen gegenwärtig in keiner Weise begonnen wurden. Einstweilen herrsche auf diesem Gebiete völlige Anst. Weiderseits wolle man zunächst abwarten. Von Vergleichsverhandlungen könne überhaupt nur dann die Rede sein, wenn seitens der Reichsregierung die Geneigtheit zum Entgegenkommen, betätigt würde. Das Blatt schließt mit einem Ausfall gegen den Reichskanzler, dem das Verständnis für die Lebensbedingungen des parlamentarischen Organismus sowie das Gesicht, diesen Organismus richtig zu behandeln in weitem Maße abgehe.

Das ultramontane Blatt hat sich offenbar veräppelt. Es müßte statt „in keiner Weise begonnen“, „abgelehnt“ sagen. Daß die Centrumsdiplomatie trotz des Spahnischen Cylinderhutes eine Abweisung erfahren hat, beweist der Wutausbruch gegen den Grafen Willow. Köstlich verschmerzt es Herr Spahn, daß er sich zu den so vergeblichen Konferenzen den Cylinderhut hat für teures Geld aufbügel lassen.

Natürlich kann das Scheitern dieser komischen Gutgedachte die Wupper des Postumbers nicht in ihrem Kampfe gegen den Unrechtstun mündend machen, denn der Unfall der Reichstagsmehrheit ist gewiß.

Die forismatische „Streuztg.“ schreibt heute: „Die „Stdn. Volksztg.“ hodelt über einen angeblichen Unfall der Mehrheitsparteien, an den bekanntlich nicht gedacht wird. Der Zweck dieser Meldung aber ist kein vorborgener. Dadurch sollen die Mehrheitsparteien eben von einer gewissen Nachgiebigkeit abgehalten werden, wie man sich andererseits bemüht, die Regierung in ihrer Fortnütigkeit zu bestärken. Also der Zweck ist der Verständigungsversuche zu hindern. Wo bleiben für die Nationalliberalen die durch ihren „Mud nach Luft“ in Aussicht genommenen parteipolitischen Vorteile bei Zurückhaltung der Postarifffrage, wenn die Vorlage auf Grund einer Verständigung — und nur dadurch ist ein positives Ergebnis möglich —, zum Geschehe würde!“

Das amtliche Organ der westfälischen Landwirtschaftskammer veröffentlicht eine Zuschrift von „hochachtbarer“ Seite, worin es heißt:

Reißt nicht um 50 Pfennig! Ihr verdient sonst mehr! Nehmt die Regierungsmehrheit an und beschließt sie ein bloß! Ihr rettet dann nicht nur die 5 Mark, sondern noch eine Hoffnung darüber hinaus. Ihr alle wißt es, daß ihr die 50 Pfennig so doch nicht bekommt. Wozu denn die Wäse? Ob euch das Volk wiederwählt in den nächsten Reichstag oder nicht, ist ganz gleichgültig. Also was mit der phylisterhaften Wäselei und dem ausichtslosen Reißchen!

Also die Junker wollen den Unfall, auch wenn das Volk die Herren nicht wiedewählen sollte! Für die Herren S. A. H. N. W. A. N. G. E. H. E. I. M. U. S. eine nette Aussicht! Auch die konservative „Schlesische Volksztg.“ schreibt für die Verständigung!

Können wir, daß die Herren keine Gelegenheit zum „Unfall“ haben. Wenn die dritte Lesung nicht mehr stattfindet, muß wohl oder übel die Verständigungssaktion bis nach den Wahlen verschoben werden. —

Ausweisung aus Preußen wegen dänischer Staatszugehörigkeit.

Vom Polizeikampf gegen die Dänen gehen uns fast täglich Mitteilungen zu, an deren krasser Bedenklichkeit alle Geiratspläne in königlichen Familien leider bisher nichts geändert haben. Heute erhalten wir von unserem Berliner W. Korrespondenten folgende Zuschrift.

Der Hofbesitzer Mabe zu Görup (Kreis Habersleben in Schleswig-Holstein) gehört zu den Nordischsteuigern, die in den letzten 30 Jahren allgemein als preussische Staatsbürger behandelt wurden und bei denen man in letzter Zeit, weil sie beschwerlich fielen, die dänische Staatszugehörigkeit feststellte, um sie mehr in der Hand zu haben. Auch Mabe wurde, wie andere Hofbesitzer — wir berichteten erst kürzlich über einen solchen vor das Ober-

Verwaltungsgericht gebrachten Fall — ausgefordert, die Niederlassungserlaubnis nachzusuchen. Und wie anderen, wurde auch ihm angeordnet, daß er die Erlaubnis nur erhalte, wenn er sich der politischen deutschfeindlichen Agitation enthalte. N. weigerte sich, die Erlaubnis nachzusuchen und behauptete, er sei preussischer Staatsangehöriger. Darauf erhielt er die Ausweisungsvorschrift. Nach hergebräuchlicher Weise beim Landrat und beim Verwaltungspräsidenten machte N. Abende beim Ober-Verwaltungsgericht. Er wiederholte, daß er Preuze sei und betonte, daß er kommunale Ehrenämter, wie z. B. das eines stellvertretenden Gemeindevorsethers, in Preußen verwaltet habe. Allerdings habe er am 11. April 1897 für Dänemark optiert (sich für Dänemark auf Grund des Wiener Friedensvertrages entschieden) und sich dann einige Wochen in Dänemark aufgehalten. Dort habe er alte Kriegskameraden, mit denen er unter dänischer Fahne 1864 gekämpft habe, besucht. Er sei aber alsbald wieder nach Preußen gekommen und habe die Option ausdrücklich zurückgenommen. Sie sei überhaupt nicht ernstlich gemeint gewesen und man habe sie ja auch später behördlich nicht gelten lassen, weil seine ehrenamtlichen Stellungen in Preußen. Optiert habe er damals nur aus Furcht, verhaftet zu werden, weil er als Ganzinvalid nicht den preussischen Fahneid leisten wollte. Die Option sei auch nicht rechtswirksam geworden durch den vorübergehenden beschwerlichen Aufenthalt in Dänemark. Er habe sich dort keinen Wohnsitz begründen lassen. Das Oberlandesgericht in Kiel sehe eine Option im Sinne des Wiener Friedensvertrages erst dann als rechtswirksam an, wenn der fragliche Bewohner der ehemals dänischen, jetzt preussischen Landesteile erstens die Optionserklärung (für Dänemark) abgegeben, zweitens seinen Wohnsitz in Preußen aufgegeben und drittens sich nach Dänemark in der Absicht begeben habe, sich dort einen Wohnsitz zu begründen.

Vor dem Ober-Verwaltungsgericht erschien ein Ministerial-Kommissar, der den Standpunkt vertrat, daß die Auslegung des Begriffs der Option im Sinne des Wiener Friedensvertrages, die das hiesige Oberlandesgericht ihm gegeben habe, zu weit gehe. Nach Meinung seines Auftraggebers, des Ministers, müsse zur Rechtsirksamkeit der Option außer der Optionserklärung es schon genügen, daß der Betreffende sich alsbald nach Dänemark begeben habe in der Absicht, die Ernsthaftigkeit der Option zu betätigen. Das wäre aber hier anzunehmen. Und eine rechtswirksame Option könne niemals widerrufen werden.

Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts wies die Klage ab. Es bleibt bei der Auslegung des Mannes, der sein vom Vater ererbtes Besitztum in Preußen hat. Gründe wurden nicht verkündet.

Offentlich hat der Kronprinz von Dänemark anlässlich seiner sonst doch so freundlichen Aufnahme in Berlin diesen aufregenden Fall erfahren; es wird ihm gewiß sehr geschmeichelt haben, wenn ihm unterbreitet wurde, wie in Preußen wirkliche oder angebliche Dänen behandelt werden.

Vom französischen Bergarbeiterstreik.

Der Ministerpräsident Combes erklärte im letzten Ministerrat, daß die Bergwerksgesellschaften alle bereit zu sein schienen, in Unterhandlungen zu treten. Für das Kohlengruben bei Pas de Calais haben die Unterhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und der Gesellschaften bereits begonnen. Der Bergarbeiter-Verband hatte 7 Vertreter delegiert, unter denen Basky und Corrad; die Delegierten waren beauftragt, an den alten Forderungen festzuhalten, ferner sollte nur unter der Bedingung in die Verhandlungen eingetreten werden, daß die Direktionen sich bereit erklären, falls eine Einigung nicht erzielt wird, die Streitfragen einem Schiedsamt zu unterbreiten. Die Vertreter der Gesellschaften erklärten sich prinzipiell bereit, eventuell einen Schiedsrichter zu ernennen; die Bedingungen, unter welcher Form das Schiedsamt zu verhandeln habe, behalten sich die Unternehmer vor. Man einigte sich über folgende Punkte: Bezüglich der Forderungen, wegen des Streiks keinerlei Maßregelungen vorzunehmen, versprochen die Unternehmer, sich an die Konvention von 1891 zu halten und im übrigen mit größtem Wohlwollen die „milderen Umstände“ zu prüfen. Die Möglichkeit einer Kontrolle über die Löhne soll den Arbeitern durch regelmäßige Veröffentlichungen der Lohnsituation seitens der Kompanien gegeben werden. Die Vertreter der Unternehmer lehnten es ab, in eine Diskussion über die Einführung eines Lohnminimums einzutreten. Es folgte sodann eine lange Debatte über die geforderte Lohn-erhöhung. Die Unternehmer behaupteten, daß nach dem Stand der Preise sie nicht in der Lage wären, eine Erhöhung des Lohnes einzutreten zu lassen. Selbst die gegenwärtige Prämie von 30 Prozent, die nach der Konvention von Utras gezahlt werde, sei kaum aufrecht zu erhalten. Da keine Einigung erzielt wurde, beschloß man, diese Frage dem Schiedsamt zu unterbreiten, wobei die Unternehmer-Vertreter nochmals ausdrücklich erklärten, daß die

Kleines Feuilleton.

— Von der Schlagfertigkeit eines Museumdieneres erzählt der „Kölnischen Volkszeitung“ ein Augen- und Ohrenzeuge: In Oxford wird u. a. ein Schädel gezeigt, der derjenige eines Lord Cromwells sein soll. Als wir das Museum besichtigten, sagte ein uns begleitender Professor der Medizin: „Über dies ist ja der Schädel eines Kindes!“, worauf der Diener freundlich lächelnd erwiderte: „Allerdings, dies ist Cromwells Schädel, als er Kind war!“

— Die November-Sternschnuppen aus dem großen Löwen werden in den frühen Morgenstunden des 12. bis 14. November wieder auftauchen. Es ist ein Ansehlich erheblich sein oder ob die Erscheinung sehr unauffällig vorübergehen wird, läßt sich nach den Erfahrungen seit 1899 nicht voraus bestimmen. Dazu kommt, daß auch das Mondlicht im gegenwärtigen Jahre hinderlich sein wird, indem am 15. November Vollmond eintritt. Das Hauptvergnügen der Leoniden befindet sich samt dem in seiner Bahn einhergehenden Kometen ebenfalls in erheblicher Entfernung von unserer Erde.

— Von der drahtlosen Telegraphie. Es scheint, daß Marconi bei seinen Versuchen auf der Reise nach Amerika fast enttäuscht wurde. Er konnte nur auf 99 englische Meilen mit Cornwall Verbindung unterhalten. Er erklärt, die Instrumente auf dem Kreuzer „Carlo Alberto“ seien nicht stark genug gewesen; er hoffe aber, in zehn Tagen Derselben von New Britain mit Gold zu austauschen. Der Erfolg seines Systems sei außer Zweifel. Nach italienischen Mitteilungen führte hingegen Marconi während seiner Reise Experimente aus, die alle bisherigen übertrafen. — Was ist Wahrheit?

— Das Vermögen des Erfinders des Telegraphen, Samuel Morse, ist jetzt nach einer Einschätzung des höchsten Gerichtshofes in den Vereinigten Staaten endlich zur Verteilung gelangt, nachdem 30 Jahre seit dem Tode des großen Erfinders verstrichen sind. Unvergänglich blüht das Vermögen 24 000 000 Dollar, also etwas über 2 Millionen Mark. Die Verteilung hat aber so viel gekostet, daß jetzt nur noch 345 000 Dollar übrig geblieben sind. Das Gericht hat nicht gerade mit telegraphischer Geschwindigkeit gearbeitet.

— Kleine Mitteilungen. Zwischen England und Belgien ist ein neues Kabel gelegt worden, und zwar mit der bestmöglichen Bestimmung, dem telephonischen Verkehr zu dienen. — Neue Kahlenfelder in Belgien sind wenige Kilometer nördlich von Antwerpen erbaut worden. — „Lermann“, eine tragische Komödie von Felix Hellmuth, dem erfolgreichsten Berliner Romanisten, und Stefan Schmitt, dem weniger erfolgreichen Dramatiker, wurde im sehr ruhigen Stille und Anschauung in Berlin mit lauem Erfolg erstmals aufgeführt.

Lohnminimum-Frage ausgeschlossen bleiben müßte. Der Schiedsrichter ist nach dem Studium der offiziellen Dokumente (Lohnstatistik usw.) und nach Anhörung der Parteien zu fällen. Das Urteil des Schiedsrichters ist endgültig.

Hierauf zogen sich die Unternehmer-Vertreter nochmals zur Beratung zurück, um nach Rückkehr einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, angeblich um noch schneller zu einer Verständigung zu gelangen, ohne das Schiedsamt nötig zu haben. Das nach sollen vom 1. Januar 1903 ab die Pensionen der Bergarbeiter, welche 55 Jahre alt und 30 Jahre bei derselben Gesellschaft bzw. bei einer Gesellschaft des Pas de Calais tätig sind, auf 600 bezw. 550 Franc erhöht werden. Das hierzu nötige Geld wollen die Kompanien allein aufbringen; die Höhe der Beiträge soll jedoch 3 Prozent der gezahlten Löhne nicht übersteigen. Der Vorschlag für dieses Entgegenkommen scheint allerdings der zu sein, wenn möglich dem Schiedsamt zu entgehen; die Arbeiter erfaßten das Wohlwollen der Unternehmer an, lehnten dies zweifelhaftes Geschenk als Ersatz für die geforderte Lohnerhöhung aber bankrott ab und bestanden auf dem Schiedsamt. Dasselbe telegraphierte an den Ministerpräsidenten, denselben ersuchend, einen Schiedsrichter zu ernennen. Wie es heißt, soll der Unterstaatssekretär für Bergbau, Jocou, als Schiedsrichter in Aussicht genommen sein.

Deutschland.

Berlin, 6. November. Im Künstlerhause fand gestern Abend eine Trauerfeier für den verstorbenen Abgeordneten Mickert statt. Unter den Trauer Gästen befanden sich die Angehörigen des Verstorbenen, Vertreter fast aller parlamentarischer Fraktionen, sowie des Reichsmarineamts, Oberbürgermeister Kirschner und Stadtverordnetenvorsteher Langerhans, die Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung und andere. Reichstagsabgeordneter Schrader schilderte in seiner Gedächtnisrede den Lebensgang des Verstorbenen. Nach der Feier begaben sich die Anwesenden und näheren Parteifreunde in das Trauerhaus, von wo die Ueberführung der Leiche nach Gotha erfolgte.

— Im Laufe dieses Monats findet im Gebäude des Handelsministeriums ein Kursus für die Leiter und Instrukteure Kleingewerblicher Kreditgenossenschaften statt. Durch diesen Kursus soll versucht werden, dem Genossenschaftswesen eine einheitliche Basis zu geben.

— Der Kinderstich in der Reichstagskommission. Am Mittwoch wurde in der Kinderstichkommission des Reichstags der Antrag Wurm, das Schulalter, das im Entwurf auf 12 Jahre festgesetzt ist, auf 13 Jahre zu normieren, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, ebenso der Antrag Bried, während der Ferien die Beschäftigung nicht vier, sondern drei Stunden dauern zu lassen, ferner der Antrag Wurm; die Beschäftigung erst zwei Stunden nach beendeten Vormittags- oder Nachmittags-Unterricht beginnen zu lassen. Angenommen und zwar einstimmig wurde ein Antrag Müchler gegen: „Am Mittwoch ist den Kindern eine mindestens zweifelhafte Pause zu gewähren.“ Mit 9 gegen 6 Stimmen (Konf. und Nationall.) wurde angenommen der Antrag Trimborn: „Die Beschäftigung darf erst eine Stunde nach beendeten Vormittags- oder Nachmittags-Unterricht beginnen.“ — Der so abgeänderte § 5 wurde darauf im ganzen angenommen und hat nun folgenden Wortlaut:

Im Betriebe von Betrieben, in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach § 4 verboten ist, im Handelsgewerbe und Berggewerbe dürfen Kinder unter zwölf Jahren nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren darf nicht vor der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien länger als vier Stunden täglich dauern. Sie darf erst eine Stunde nach beendeten Vormittags- oder Nachmittags-Unterricht beginnen. Am Mittag ist den Kindern eine mindestens zweifelhafte Pause zu gewähren.

§ 6 behandelt die Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen. Abg. Hise beantragt, daß die Ausnahmen bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, nicht allein von der unteren Verwaltungsbehörde, sondern auch unter Anhörung der Schulbehörde zu genehmigen seien.

Bei der Abstimmung wird abgelehnt ein Antrag Wurm, die Schulgrenze auf 14 Jahre zu setzen, gegen 6 Stimmen (Sozialdemokraten, 3 Freisinnige); angenommen gegen eine Stimme (Fhr. v. Richter) der Antrag Hise, die Schulpflicht als Grenze zu setzen; der Antrag: „Anhörung“ der Schulbehörde“ wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. — Danach lautet der § 6:

Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden. Bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, kann die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulbehörde Ausnahmen zulassen.

Der § 7 behandelt die Beschäftigung von Kindern im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften. Auch hier haben unsere Gesetze das dreizehnte Lebensjahr als Schutzgrenze beantragt, aus denselben Gründen wie beim vorhergehenden Paragraphen, auch hier schlägt Hise nur das schulpflichtige Alter als Grenze vor, zieht aber dann diesen Antrag zurück. Abg. Bried will bei diesem Paragraphen hinzufügen, was unsere Gesetze bei den allgemein verbotenen Beschäftigungen vergeblich beantragt hatten, nämlich das Verbot des Regelaufhebens. Die Anträge Wurm und Bried werden abgelehnt und § 7 nach der Regierungsvorlage angenommen, wonach im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften Kinder unter zwölf Jahren überhaupt nicht und Mädchen nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden dürfen. Im übrigen finden auf die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren die Bestimmungen des § 5 Abs. 2 Anwendung.

— Eine Abstimmungsmaschine ist die neueste Erfindung, mit der die Agrarier zwecks gewalttätiger Durchdringung des Zolltarifentwurfes den Reichstag beglücken wollen. Eine Parlamentärkorrespondenz meldet, in Gesprächen der Mitglieder würden andere, kürzere Formen für namentliche Abstimmungen eintreten. Dabei erinnerte man auch an einen Antrag des Grafen Frankenberg auf Einführung der elektrischen Abstimmung.

Am 9. April 1874 ist das erste und bisher einzige Mal über die Einrichtung einer elektrischen Abstimmungsmaschine für den Reichstag gesprochen worden; das preussische Abgeordnetenhaus hatte sich schon mit der Sache befaßt, seine Geschäftsordnungskommission eine solche elektrische Anlage einstimmig gutgeheißen, das Haus selbst sie jedoch verworfen.

fämlicher Mitglieder und daneben zwei Klappen angebracht, die die Abstimmung ja oder nein sichtbar machen. Darunter stehen drei Zifferblätter, von denen eines die Summe der Abstimmungen mit ja, eines die der Abstimmungen mit nein augenblicklich anzeigt, während das dritte zugleich als Kontrolle die Summe aller abgegebenen Stimmen zeigt. Auf einem Papierstreifen, der mit sämtlichen Namen bedruckt ist, wird an dem Apparat die Abstimmung neben den Namen gedruckt und der Streifen kann durch eine Umkehrvorrichtung in kurzer Zeit vervielfältigt werden.

Die ingenieure Einrichtung ist wenigstens originell. Nun wird wohl die angebliche „Obstruktion“ gründlich geschlagen und der zollfeindlichen Opposition der Sozialdemokratie völlig der Garau gemacht werden.

— Keine Aufhebung der Viehsperren. Die „Morgenpost“ meldet aus München: Regierungseitig wird erklärt, daß Bayern mit Rücksicht auf die an Deutschland für seine im Interesse der Landwirtschaft gemachten Aufwendungen trotz der Fleischsteuerung in den Städten eine Doffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr namentlich aus Ungarn wegen der dortigen Seuchen nicht beim Bundesrat befürworten könne.

— Zur Frage der Sonntagsruhe. Wie verlautet, werden regierungseitig Erhebungen über eine Ausdehnung der Sonntagsruhe veranlaßt. Es handelt sich dabei namentlich um die Verkürzung der Verkaufszeit an Sonntagen, um die Einschränkung der Ausnahme-Sonntage, um das gänzliche Verbot der Arbeit an dem ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertage, sowie um das gänzliche Verbot der Arbeit in den Großhandels-geschäften. Die verschiedensten wirtschaftlichen Korporationen, an welche Anfragen hierüber ergangen sind, haben sich laut „Hamburger Nachrichten“, bereits ablehnend geäußert. Hätte man auch die Berufsorganisationen der Handelshilfsarbeiter oder Handlungsgehilfen gefragt, so hätte man Zustimmung gefunden.

— Der Nachfolger Eulenburgs. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet heute an leitender Stelle: Dem Bernehmen nach ist für den durch die Besetzung des Fürsten zu Eulenburg in den einseitigen Ingestand erledigten Posten des Botschafters in Wien der bisherige Botschafter in Rom, Graf Karl v. Wedel, in Aussicht genommen, der durch den bisherigen Gesandten in München, Grafen v. Monts, ersetzt werden soll.

Leider verlautet immer noch nicht, ob Herr v. Wedel dichten kann.

— Gegen die Soldatenmißhandlungen. Anlässlich der Rekruteneinstellung sind im Verlaufe der letzten Woche die Unteroffiziere und Ausbildungsmannschaften erneut mit der kaiserlichen Ordre vertraut gemacht worden, welche die Mißhandlung der Soldaten verbietet. Es wurde hinzugefügt, daß auf Grund der kaiserlichen Anweisung jeder geringste Verstoß gegen die ordnungsmäßige und pflichtgemäße Behandlung von Rekruten zur Bestrafung weiter gemeldet werden würde. Ganz neu ist der Hinweis an die Kammerunteroffiziere, beim Verpassen der Helme vorsichtig zu sein und die Helme nicht aus „Scherz“ den Rekruten mit Wucht aufzustülpen. Hierdurch seien öfter die Leute ernstlich kopfkrank, ja geistesgeblüht geworden, was immer eine schwere Bestrafung des Unteroffiziers nach sich ziehen mußte. Mit den wegen Mißhandlung bestraften Unteroffizieren soll in Zukunft nur ganz ausnahmsweise weiter kapituliert werden. — Daß die leitenden Personen die in dem herrschenden System begründeten Mißhandlungen zu beseitigen suchen, haben wir stets anerkannt. Uebrigens würde der Kriegsmiñister in seinem Kampf gegen die unmenschlichen Rekrutenpeinigungen größere Erfolge erzielen, wenn er die wegen Mißhandlung bestraften auch „ausnahmsweise“ nicht weiter kapitulieren lassen würde.

— Wieder ein Wahlsieg in Schwarzburg-Rudolstadt. Bei der Landtags-Wahl in Frankeuhäuser wurde an Stelle des doppelgewählten Genossen Winter der Genosse Böttcher mit 478 gegen 273 Stimmen gewählt.

— Oesterreich-Ungarn. **Wahlergebnis.** Bei den Wahlen in Steiermark, die am Montag stattfanden, haben in den Landgemeinden die Bauernbündler, die bisher nur durch einen Abgeordneten vertreten waren, sechs Sitze gewonnen, nämlich zwei von der deutschen Volkspartei und vier von der clerikalen.

— Noch einige Wahlergebnisse. Im Wiener Stadtteil Favoriten kommt Genosse Adler in Stichwahl, er erhielt 5715 Stimmen gegen 5617 Christlichsoziale, 226 waren gesperrt. Von 13 Provinzmandaten sind zwei christlichsozial, sieben bürgerlich-freisinnig, ein Sozialdemokrat und drei Stichwahlen. In Florisdorf siegte Sozialdemokrat Seig mit 400 Stimmen Majorität.

— Italien. **Italienisches von dem „Aevrücken“ Mullah.** Aus Rom wird gemeldet: Die „Atalia“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem der höchsten Beamten der ertyhräischen Kolonie, der behauptete, der tolle Mullah besitze eine Armee von 40 000 Mann und viele Kanonen. Nur von italienischem Gebiete aus sei ihm gut beizukommen.

— England. **Die Resultate der Munizipalwahlen** sind nunmehr bekannt; sie sind den Liberalen und den Sozialisten durchaus günstig. Diese beiden Parteien haben zusammen mehr als doppelt so viel Sitze gewonnen als die Ministeriellen. Bei den letzten Wahlen 1899 erhielten die Liberalen 44, Arbeiterpartei und Sozialisten 11, zusammen also 55 Sitze; die konservativen erhielten 63, die Unabhängigen 8, zusammen 71 Sitze, 1902 hingegen eroberten die Liberalen 83, Arbeiterpartei und Sozialisten 29, macht zu-

Stadtverordnetenwähler der Altstadt!

Noch einen letzten Mahnruf richten wir an Euch. Wenn Ihr dieses Blatt erhaltet, ist es noch immer Zeit, zur Wahl zu gehen; in wenigen Augenblicken ist es zu spät.

Noch in diesem Moment kann es sich entscheiden, ob Ihr oder Eure Feinde triumphieren sollen. Wer noch nicht gewählt hat, der eile unverzüglich an den Wahlstisch! Hesse keiner, den Unterdrückern des Volkes eine neue Macht in die Hände zu spielen!

Die Wahl findet statt in

Richardts Festsälen, Ragensprung,

heute Donnerstag, den 6. November d. Js., von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr.

Nach der letzte Wahlberechtigte muß zur Wahl gerufen werden und wählen:

- den Gastwirt
- den Buchdrucker
- den Gastwirt
- den Restaurateur
- den Gastwirt
- den Geschäftsführer
- den Krankenkassen-Mendant
- den Bureaubeamten

- Carl Lankau**
- Franz Bethge**
- Albert Vater**
- Wilhelm Lackenmacher**
- Gustav Böhme**
- August Fabian**
- Albert Gorgas**
- Ferdinand Bender**

- auf 6 Jahre
- auf 6 Jahre
- auf 6 Jahre
- auf 6 Jahre
- auf 6 Jahre
- auf 4 Jahre
- auf 4 Jahre
- auf 2 Jahre

Wendet die Wahl in der letzten Minute zu Gunsten der Sozialdemokratie!

Deutscher Reichstag.

(200. Sitzung.)

Berlin, den 5. November 1902.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowski.

Die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes

wird bei dem von den Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragten § 1b (Zollbefreiung für Waren, die von Martellen usw. im Ausland billiger als im deutschen Zollgebiet verkauft werden) mit dem dazu vorliegenden Ementalvertrag Warth fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Wpt.), erklärt sich für den Antrag Albrecht.

Abg. Graf Stanitz (kons.): Gern ergreife ich in dieser Debatte nicht noch einmal das Wort, wir warten nur auf ein beschlußfähiges Haus, um die Debatte schließen zu können. (Hört, hört! links.) Eine Verlängerung der Handelsverträge liegt nicht im Interesse der Landwirtschaft und der Industrie. Die Handelsverträge haben die jetzige Krisis nicht verhindern können. Um der Wiederkehr so ominöser Zustände vorzubeugen, brauchen wir den neuen Tarif, brauchen wir neue Verträge in neuer Form. Mißstände im Marktwesen lassen sich nicht leugnen. Die ganze Materie des Marktwesens muß durch eine besondere Gesetzgebung geregelt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Gotthein (Freis. Wpt.): Dem Grafen Stanitz ist es trotz seiner längeren Ausführungen nicht gelungen, das Haus beschlußfähig zu machen. (Beifall rechts.) Herr Dr. Veunier bezeichnet gestern England als das Mutterland der Kartelle. Demgegenüber verweise ich auf das Werk Dr. Joseph Grunzers, des Buches „Lebensgeschichte der Kartelle“, das die englischen „amalgamations“ einen ganz anderen Charakter haben als die deutsche Kartelle und daß es eigentlich Kartelle nur ganz vereinzelt in England gibt. (Sehr richtig! links.)

Hierauf wird ein Schlußantrag der Abgg. Meitlich (kons.), v. Venim (Wpt.) und Spahn (Centrum) angenommen. Abg. Bernheim (Soz., persönlich): Herr Kamp hat meine Bemerkung von der Vereinbarkeit hoher Löhne mit niedrigen Preisen für Unsin erklärt. Nachher hat uns aber Herr Kamp erzählt, daß Heimarbeit in seiner Heimat 1,50 Mark, dagegen in Berlin bis 5 Mark Lohn erhielten; er wolle aber doch die Berliner Heimarbeit nehmen, weil sie mehr leiheten. Ich will nicht gerade die Zusammenstellung dieser beiden Behauptungen als Unsin bezeichnen, aber Methode, Herr Kamp, liegt darin nicht.

Der Antrag Albrecht wird in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Warth ist ebenfalls eine namentliche. An der Abstimmung beteiligen sich 235 Abgeordnete. Davon stimmen für den Antrag 80, dagegen 155. Der Antrag Warth ist somit abgelehnt.

Als § 1c beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) folgende Bestimmungen einzuführen: „Wer zur Entrichtung eines Eingangszolles nicht oder nicht in dem geordneten Wege verpflichtet zu sein vermeint, ist befugt, seinen Anspruch gerichtlich geltend zu machen. Die Klage ist binnen sechs Monaten nach erfolgter Zahlung anzutreten. Zuständig sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes die Landgerichte des Bezirks, in welchem die Waren eingeführt sind. Die entgegenstehende Bestimmung des § 12 des Vereinszollgesetzes wird aufgehoben.“

Abg. Stadthagen (Soz.): Unser Antrag bewegt sich auf derselben Linie, wie früher bereits von allen Parteien des Reichstages unterstützte Anträge. Trotzdem ist er in der Kommission abgelehnt worden. Wenn einmal ein Zoll, und sei es auch ein ungerechter, eingeführt ist, so muß die Gesetzgebung wenigstens Skantelen dafür schaffen, daß nicht zu hohe Zölle erhoben werden oder daß überhaupt zollfreie Waren bezollt werden. Wenn die Mehrheit konsequent ist, so muß sie auch Annahme des § 1 für unseren Antrag eintreten und gesetzliche Skantelen gegen ungerechtfertigteollerhebungen schaffen. Dazu ist eine unabhängige Behörde nötig gegenüber derjenigen Behörde, die Unrecht getan hat. Das erfordert der Begriff des Rechtsstaates. Recht haben und Recht erhalten ist ja vielfach zweierlei. Ebenso wie man gegen ungerechtfertigte Steuererhebungen den Rechtsweg zugelassen hat, so muß er auch hier zugelassen werden. Ungerechtfertigt hohe Zölle stellen einen Eingriff in das Vermögen dar. Unser Antrag will die bestehende Rechtsordnung beseitigen. Es ist geradezu Anarchie, wenn heute z. B. ein Handwerker, der durch falschen Entscheid der Zollbehörde um 2 bis 3000 Mark geschädigt ist, kein

Rechtsmittel hat, um dagegen einzuschreiten. Durch einen solchen Zustand wird das Rechtsgefühl des Einzelnen direkt untergraben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Reichs-Stempelgesetz haben Sie einen Rechtsweg geschaffen; damals handelte es sich allerdings um die Interessen der reichen Leute; hier dagegen werden kleine Leute betroffen.

Es auch die Richter genügend unabhängig sind, das ist eine Frage, die hier entscheiden muß. Auch das stimmt, daß die Richter manchmal über Sachen zu entscheiden haben, von denen sie nichts verstehen; für solche Fälle werden sie ja von Sachverständigen unterstützt. Manche Zollfälle liegen allerdings nicht sehr verwickelt, z. B. läßt sich ohne große Mühe entscheiden, daß Fleischwaren keine Sardinen sind. (Seiterkeit.) Den Verwaltungsbehörden darf die Entscheidung nicht überlassen werden, denn es handelt sich ja gerade um den Schutz gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden. Verwaltungsbehörden mögen in einem Polizeistaat entscheiden; ein Rechtsstaat erfordert Rechtspflege durch ordentliche Richter auch in Bezug auf die Frage, ob öffentliche Abgaben zu entrichten sind oder nicht. In diesem Sinne hat sich auch früher der Centrumsabgeordnete Dr. Mintzen sehr warm ausgesprochen. (Abg. v. Bismarck: Krücker!) Allerdings, das war früher, nämlich im Jahre 1886. Damals hat das Centrum den Ministerialen Anordnungen lebhaft zugestimmt. Jetzt freilich sind die Anordnungen des Centrums andere geworden; sie sind geworden wie keine Anzahl. — Es ist so viel vom Mittelstand gesprochen. Da sollen denn doch auch die eragiertensten Schutzgölner davor zurücktreten, dem Mittelstande den Rechtsweg zu verschließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mindestens theoretisch liegt jetzt die Sache so, daß die Zollbeamten von jemand, der keine Waren empfangen hat, von dem sie aber annehmen, daß er deren empfangen habe, einen Zoll verlangen können. Wollen Sie wirklich kleine Handwerker auf diese Weise erpressen lassen?

Es gibt Tausende und Abertausende von Fällen, in denen das finanziellste Gewissen der Zollbeamten stärker ist, als die Wahrheit und in denen infolge dessen zu hohe Zölle erhoben werden. Im Jahre 1899 hat Abg. Brömel einen Gesetzentwurf im Reichstag eingebracht, der die Entscheidung über Zollfragen den gerichtlichen oder verwaltungsgerichtlichen Verfahren unterwerfen wollte. Der Antrag wurde damals die Abgg. Hammacher von den Nationalliberalen und Mintzen vom Centrum (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); von unserer Fraktion sprach Schmacher Zolingen, der darlegt, welche schlimmen Erfahrungen er als kleiner Handwerker mit den Zollbehörden gemacht hätte. Wenn somit seit 20 Jahren der Reichstag das Prinzip unseres Antrages anerkannt hat, so würde es mit der Würde des Parlaments wenig vereinbar sein, jetzt ein so oft ausgesprochenes Verlangen fallen zu lassen. Unser Antrag will eine dem Sinne des Gesetzes entsprechende Klassifikation ermöglichen und eben durch die Einsetzung einer gerichtlichen Instanz die Annahme dieser Instanz möglichst unnötig machen. Uebrigens laien wir auf Einzelheiten, auf die Krisenbestimmung von 6 Monaten, auf den Wortlaut und auf die Feststellungen der Behörden keinen großen Wert; wenn Sie bessere Vorschläge haben, nur her damit (Seiterkeit); wir sind gern bereit, darüber mit Ihnen zu diskutieren. Die Zuständigkeit der Landgerichte an Stelle der Amtsgerichte empfiehlt sich allerdings im Interesse größerer Einheitlichkeit; auch über andere Anordnungen an den Rikstus, z. B. beim Reichs-Stempelsteuerrecht, entscheiden die Landgerichte in erster Instanz. Verwaltungsgerichtsbarkeit gegenüber den Entscheidungen der Behörden verwerfen wir grundsätzlich; sie könnte nur denn in Betracht kommen, wenn sie durch Reichsgesetz geregelt würde. Nehmen Sie im Interesse des Mittelstandes unseren Antrag an und thun Sie den tüchtigen Schritt zum Rechtsstaate vorwärts, den früher Ihnen Ihre eigenen Kollegen empfohlen haben. Damals fragten Ihre (zum Teil) Stimmen; jetzt, nachdem Sie den Rechtsstandpunkt, den Sie früher einnahmen, verlassen haben, sind Sie immer weiter herabgekommen! Ich habe natürlich nichts dagegen, daß Ihre Stimmen noch weiter sinken; doch hoffe ich, daß das Rechtsgefühl, das früher im Centrum lebte, blühen und gedeihen möge, damit unser Antrag mit größerer Mehrheit angenommen wird. (Stürmische Seiterkeit. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Ironischer Beifall rechts.)

Vizepräsident Mülling teilt mit, daß ein Antrag v. Dziembowski-Pomian (Pole) eingebracht sei, den Sab 3 im Antrag Albrecht wie folgt zu fassen: „Zuständig ist ohne Rücksicht auf den Wert des Gegenstandes das Landgericht.“

Abg. Brömel (Freis. Wpt.): Die von dem Herrn Vorredner vorgebrachten Gründe für den Antrag Albrecht werden nicht ohne Eindruck bleiben. (Seiterkeit.) Der Herr Vortragende (Seiterkeit) hat die Geschichte des Antrages sehr ausführlich dargestellt. Es handelt sich hier um eine alte liberale Forderung, die wir nicht darum ununterstützt lassen dürfen, weil sie von Sozialdemokraten kommt. Wir müssen hier die Worte aus Othello zitieren: Seid ihm — dem Antrag — nicht abhold, seiner Farbe wegen. (Seiterkeit.) Herr Stadthagen bezog sich auf den Abgeordneten Mintzen vom Centrum. Aber nicht bloß Herr Mintzen, auch Herr Dr. Wachen hat das Bedürfnis einer einheitlichen Rechtsprechung auf dem Gebiete der Zolltarifgesetze anerkannt. (Abg. v. Bismarck: Das ist schon lange her!) Es sind erst 6 Jahre verfloßen, seitdem Herr Dr. Wachen es für unglücklich erklärte, daß die Verwaltung Richter in eigener Sache sein könnte. Wenn Herr Wachen etwas unglücklich findet, so muß es schon recht arg sein. (Große Seiterkeit.) Ebenso haben sich Dr. Hammacher und Dr. Lieber ausgesprochen. Die Regelung dieser Materie gehört viel eher in das Tarifgesetz, als die Aufhebung indirekter Gemeindeabgaben. Centrum und Nationalliberale verweigern ihre Vergangenheit, wenn sie uns nicht die Hand bieten, um den jetzigen Zustand durch gesetzliche Vorschriften ein Ende zu machen. (Beifall links.)

Schabsekretär Herr v. Thielmann: Der Antrag Albrecht beabsichtigt, die Streitigkeiten um Zollfälle vor die ordentlichen Gerichte zu bringen und will dadurch eine Rechtsseinheit auf diesem Gebiete schaffen. Ich glaube nicht, daß dieses Ziel erreicht wird. Wir haben in Deutschland mehr als 100 Landgerichte, die bei Streitigkeiten nicht immer im gleichen Sinne entscheiden werden. Als oberste Instanz ist nun das Reichsgericht gedacht. Bevor das Reichsgericht ein einheitliches Recht schafft, wird schon eine erhebliche Zeit verfloßen sein. Vor drei Jahren sind die Zollankunftstellen geschaffen worden. Die Praxis dieser Stellen ist so ziemlich einheitlich; die angestrebte Rechtsseinheit besteht also schon jetzt. Ich bitte Sie also, den Antrag Albrecht abzulehnen.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Das Publikum ist berechtigt, unparteiische Sachverständige zu verlangen. Sie findet es aber nur bei den ordentlichen Gerichten, nicht bei den Zollbeamten, die unter dem suggestiven Einfluß der Meinerung stehen. Der Fall Lösung hat ja auf anderem Gebiet diesen Einfluß gezeigt. Den Zollbeamten treten wir mit Mißtrauen entgegen.

Abg. Wasseremann (natl.) erklärt, seine Partei würde dem Antrag Albrecht zustimmen.

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, daß seine Freunde vorbehaltlich etwaiger Abstimmungsänderungen in der dritten Lesung für heute das Amendement Dziembowski-Pomian acceptierten.

Der Antrag Albrecht wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 131 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr. —

Gewerkschaftsbewegung.

Streik, Lohn Differenzen und Ausperrungen.

Manrer. In Rostock ist ein Abwehrkampf gegen eine von den Unternehmern diktierte willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit ausgebrochen. Um Fernhaltung des Zuguges wird ersucht. —

Textilarbeiter. Im Vogtlande wird allgemein Streikarbeit für Meerane verweigert. Die Meeraner Fabriken bedienen sich bei der Verwendung von Streikarbeit eines raffinierten Tricks: Sie schicken nämlich die Ware an eine Firma in Mülsen und eine in Grimnitzschau. Von hier aus geht dann die Streikarbeit unter dem Signum dieser Deckfirmen weiter nach Neumark, Elsterberg, Neßschau usw. Auf diese Weise verschickt das Meeraner Fabrikantentum die Streikarbeit auch nach Bayern. So besteht seit Ausbruch des Streiks in Rostock eine Filiale der mechanischen

Weberei in Weerane". Das ist natürlich nur eine Finte, denn diese "Filiale" verfiel nach Nossbach aus die Streikarbeit nach Pappstücken und überall hin, wo arme Handwerker wohnen. Eine Versammlung ausländischer Weber in Glauchau verfiel der polizeilichen Auflösung, weil ein Redner, entgegen dem Verlangen des überwachenden Beamten vom Vorsitzenden nicht zur Ordnung gerufen wurde. Der Redner hatte die durch den Stadtrat verfügte Ausweisung eines Webers kritisiert, der österreichischer Staatsangehöriger ist.

Musiker. In Paris haben die streikenden Orchester- musiker beschlossen, mit den einzelnen Unternehmern nicht zu unterhandeln, sondern Unterhandlungen zu führen soll nur die Organisation berechtigt sein. Wo die Forderung der Organisation bewilligt ist, wird die Arbeit wieder aufgenommen; doch müssen dieselben Musiker wieder in ihre früheren Stellungen übernommen werden. Der Organisation wurde das Recht eingeräumt, während des Streiks Konzerte zu Gunsten der Streikenden zu arrangieren. Das Pariser Publikum nimmt lebhaften Anteil an dem Kampfe der Musiker; in den Konzerthallen wird demonstrativ gegen die Gelben, die auch in diesem Streik wieder ihr Wesen treiben, Stellung genommen. Eine große Anzahl von Theater- direktoren und Konzerthaus-Inhabern haben bereits die Forderungen der Musiker bewilligt; mit anderen schweben die Unterhandlungen. Diejenigen, welche nicht bewilligt haben, werden in Pariser Blättern veröffentlicht und das Publikum wird zum Boykott aufgefordert.

Glasarbeiter. In Avilis in Spanien haben die Glasbläser eine Lohnerhöhung gefordert und ihre Kündigung eingereicht. Es handelt sich meist um Belgier und andere Ausländer. Die Unternehmer bemühen sich, wiederum Ausländer als Ersatz heranzuziehen. — In Charleroi (Belgien) wurde nach einem längeren Streik eine Lohnerhöhung von 15 Prozent für die jungen Leute durchgesetzt.

Bergarbeiter. In Main Reef (Südafrika) sind 180 Leute ausständig. In statt wie bisher zwei sollten sie in Zukunft drei Bohrmaschinen bedienen. Die Arbeit wird durch den feinen Staub, den die Bohrungen verursachen, zu einer sehr gesundheitschädlichen. Die Bergleute fordern die Einführung des Achtstundentages. — In Frankreich endigten die Unterhandlungen, welche zwischen den Vertretern der Unternehmer und drei Bergleute des Departements du Nord in Lille stattgefunden haben, mit fast dem gleichen Resultat, wie die im Pas de Calais, über die wir gestern ausführlich berichtet haben. Auch hier weigerten sich die Unternehmer, die Forderung des Minimallohnes dem Schiedsamt mit zu unterbreiten. Im übrigen erklärten sie sich bereit, Schiedsrichter zu ernennen. — In Lüttich hat sich die Bergarbeiter-Föderation, dem Räte des Ministers folgend, an den Gouverneur der Provinz gewandt. Derselbe hat versprochen, die Unternehmer möglichst zu Unterhandlungen mit den Arbeitern über deren Forderungen geneigt zu machen.

Die organisierten Bergarbeiter der Provinz Brandenburg hatten ihre Vertreter zu einer Konferenz entsandt, die am Sonntag in Kottbus stattfand. Beschlossen wurde, anderen Gewerkschaften in Bezug auf Agitation usw. Hilfe zu leisten. Eine Resolution, die sich im Prinzip für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ausspricht, wurde angenommen. — Als Bezirksvertrauensmann wurde Gärtners- Senftenberg einstimmig wiedergewählt.

Die Deutsche Gärtner-Vereinigung, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation der Gärtner, hielt kürzlich in Hamburg ihre vierte Generalversammlung ab. Die Generalversammlung faßte einen Beschluß, der sich gegen den Uebertritt der Deutschen Gärtner-Vereinigung in den Allgemeinen deutschen Gärtner-Verein ausspricht, jedoch eine kollegiale Fühlung mit den Mitgliedern der erstgenannten Organisation empfiehlt, im Interesse einheitlicher Aktionen zur Verbesserung der Lage

der Gärtnergehilfen. Die Errichtung gemeinsamer Streikfonds soll künftig unterbleiben, die Entscheidung über gemeinsame Aktionen steht dem Hauptvorstand und dem Ausschuß zu.

Zur Frage der rechtlichen Stellung der Gärtnergehilfen wurde folgender Beschluß gefaßt: „In Erwägung, daß die widersprechenden behördlichen und richterlichen Aufschänkungen über die Rechtsstellung der Gärtnerlei Unzuträglichkeiten aller Art im Gefolge haben, erwartet die vierte ordentliche General-Versammlung der Deutschen Gärtner-Vereinigung von den maßgebenden Körperschaften die unzweideutige Festlegung einer Grenze zwischen Landwirtschaft und Gärtnerlei; in fernerer Erwägung, daß unter diesen Unzuträglichkeiten die arbeitnehmenden Gärtner am schwersten zu leiden haben, erwartet die General-Versammlung die Herbeiführung einer Bestimmung, daß die in der Gärtnerlei beschäftigten Personen der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden.“

Zum Schluß wurde Schwarze-Hamburg als Vorsitzender und Meit-Hamburg als Geschäftsführer gewählt.

Polnisches Gewerkschaftsblatt. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes giebt jetzt für seine sämtlichen Mitglieder ein in Auflage von 47000 Exemplaren erscheinendes polnischsprachliches Bergarbeiterorgan „Gazeta Gornicza“ heraus, das die siebente Seite der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ einnimmt.

ac. Der belgische Gewerkschaftskongress findet am 14. und 15. Dezember in Brüssel statt. Auf die Tagesordnung gelangen folgende Punkte: Das Unfallversicherungs-gesetz für Arbeiter; Beseitigung des Art. 310 des Strafgesetzbuches (Verstoß gegen die Freiheit der Arbeit); Verkürzung der Arbeitszeit (Agitation zu Gunsten der Verkürzung); die Lage der belgischen Gewerkschaften; die Gewerkschaftskommission (ihre Aufgabe und Beiträge für dieselbe), Organisation der ungelerten Arbeiter.

ac. Der Internationale Transportarbeiter-Verband hält Ende November eine Konferenz in London ab.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. November 1902.

Reserven heraus!

In widerwärtigen Quertreibereien suchen die bürgerlichen Parteigruppen im letzten Moment einen Sieg unserer Partei zu hintertreiben. Kein Mittel der Selbstschändung ist diesen Volksfeinden schlecht genug, um unsere Partei zu bekämpfen.

Ungeblüht „liberale Wähler“ empfehlen in einem Inserat u. a. den völlig unliberalen extrem-konservativen Anhänger der fecken Wahlrechtsvorlage, Herrn Brügge-mann, den Interessenten, welcher für die Stadt Arbeiten liefert und offen erklärt hat, daß er es für richtig hält, sich an städtischen Submissionen geschäftsklug zu beteiligen, während er Stadtverordneter ist. Diese „liberalen“ Wähler raten zur Wahl eines Mannes, der sogar in süddeutschen Blättern geschilbert wurde, als er erklärt hatte: **Wer Geld hat, mag ins Theater gehen und wer keins hat, der bleibe fern!** In dem Aufruf der „liberalen Wähler“ wird eine Liste aufgestellt, bei der einige der Kandidaten des Städtischen Vereins und einige Kandidaten des Bürgervereins empfohlen werden.

Aus feiger Furcht vor der Sozialdemokratie werden auf derselben Liste **Wahlrechtskränker** zusammen mit solchen Lenten aufgestellt, die behauptet haben, **Gegner der Wahlrechtsetzung** zu sein.

Die größten Anstrengungen werden von unseren Gegnern gemacht! Gegenföchtig verraten sie sich, um ihre schmählichen Pläne zum Nutzen der Reichsten der Reichen zu verwirklichen. Demgegenüber gilt es, in der letzten Stunde alle Arbeiter, die noch nicht gewählt haben, für unsere Kandidaten zu interessieren und zum **Wahltsche** zu führen.

Gewerkschaften heraus! Jeder helfe nach Schluß der Arbeitsstunden zu denen zu schicken, welche ihre Stimme noch nicht abgegeben haben. **Wenn jeder wahlberechtigte Arbeiter seine Stimme abgibt, ist noch nichts verloren, sondern alles gewonnen! Dann triumphiert noch im letzten Moment das klassenbewußte Proletariat über die Wahlrechtskränker und Arbeiterfeinde.**

Bauhändler heraus!

Während der ersten drei Wahltage sind verhältnismäßig wenig Bauhändler, besonders Maurer, ihrer Pflicht zu wählen nachgekommen. Holt heute, am letzten Tage, das Veräumdete nach und geht heute abend, nachdem Ihr um 5 Uhr Hammer und Kelle beiseite gelegt, in das Wahllokal und gebt Eure Stimme ab! Nicht bloß in Lohnfragen, sondern vornehmlich hier, bei den Stadtverordnetenwahlen, müßt Ihr beweisen, ein wie großes Interesse Ihr an der Zusammensetzung des Stadtverordneten-Kollegiums habt. Die Interessen der Bauhändler sind häufig bei öffentlichen Bauten auf das ärgste gefährdet. Deshalb kann es Euch nicht gleichgültig sein, wie die Stadtverwaltung zusammengesetzt ist.

Darum, Bauhändler, auf zur Wahl für die acht sozialdemokratischen Stadtverordneten!

Kandidatenfächer. Ganz wunderbare Blüten zeitigt die heutige Stadtverordnetenwahl im bürgerlichen Lager. Genau wie im Jahre 1900, wo der Bankier Fänsch von der dritten Abteilung fallen gelassen, von der ersten Abteilung aber sofort wieder ergriffen und zum Stadtverordneten erhoben wurde, versucht man es in diesem Jahre mit dem Hausagrarier Schueider. In einer Versammlung der Wähler der ersten Wählerklasse, die am Dienstag im „Blauen Hecht“ stattfand, machte Herr Stadtverordneter Daneworth den Vorschlag, in der ersten Abteilung einen Platz für Herrn Schueider freizulassen für den Fall, daß trotz der großen Anstrengungen des Städtischen und der beiden Hausbesitzervereine der für die reichen Leute unersehbliche Herr Schneider in der dritten Abteilung durchfallen würde. Man begnügte sich schließlich damit zu erklären: Für Herrn Schneider würde schon gesorgt werden. Es seien „Vorkehrungen“ getroffen, daß Herr Schneider der Stadtverordneten-Versammlung erhalten bliebe. — Glückliche Hausbesitzer, glückliches Magdeburg!

Zur Stadtverordnetenwahl. In der Neustadt fand am Mittwoch die Wahl der zweiten Abteilung statt. Gewählt wurde der bisherige Stadtverordnete Sebastian Rörner mit 141 Stimmen.

In der ersten Wählerklasse wurden am Dienstag abend in einer Versammlung im „Blauen Hecht“ folgende Kandidaten in Vorschlag gebracht: die Herren Wänsch und Morgenstern zur Wiederwahl, die Herren Direktor Dubignean und Sanitätsrat Dr. Fischer als Kandidaten auf 6 Jahr, die Herren Generaldirektor Dr. Seruan und Mittelmeister Eduard Schmidt auf 4 Jahre. Der Wahl dieser Herren steht bekanntlich nichts im Wege.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Arbeiter.

Roman von Alexander S. Rielland.

Authentische Uebersetzung aus dem Norwegischen von Robert T. von Scauw. (33. Fortsetzung.)

Der Minister sah Moh von Zeit zu Zeit an, und wie er nun alle Momente in dieser verdrießlichen Sache zusammenfaßte, kam er zu dem Schlusse, daß eine Heirat zwischen Moh und seiner Nichte im Grunde genommen der beste Ausweg sei. Ohne Zweifel würde Adelheid dadurch beruhigt und zufriedengestellt werden, und das war die Hauptsache. Dann aber würde auch Moh ihm noch um so mehr verpflichtet werden. Ferner gehörte es durchaus nicht zu seinem Ressort, darauf zu achten, daß die, welche eine Ehe schloßen, gesund seien.

Und endlich — wenn Moh sich verheiraten wollte, was ging's ihn an? — konnte er — der Minister — es ihm wohl verbieten?

Weshalb aina er hier denn eigentlich umher und ärgerte sich?

Der Minister stieß die Finger gegen einander, indem er in dem gewöhnlichen Bureaution fragte: „Haben Sie mit Ihrer Nichte von — von einer solchen Verbindung gesprochen?“

Direkt habe ich die Sache nicht berührt; ich wollte darin nichts vornehmen, bevor ich nicht die Einwilligung des Herrn Staatsrates eingeholt hätte —

„Ach was, Einwilligung; es ist ja Ihre Privatangelegenheit, mit der ich nichts zu thun habe.“

„Ich würde mir doch niemals einen solchen Schritt erlauben, ohne erst —“

„Gut, gut!“ unterbrach ihn der Minister ärgert. „wenn Sie glauben, daß das Mädchen will, so —“

„Ich danke tausendmal, Herr Staatsrat!“ versetzte Moh

und wollte seine Hand ergreifen; „ich zweifle nicht daran, daß, wenn ich die Einwilligung des Herrn Staatsrat habe —“

„Ich will kein Wort mehr von der Sache hören, Moh, verstanden?“

Der Minister war jetzt so aufgebracht, daß Moh bloß dankbar lächelte und sich zurückzog.

Bemerkte aber schüttelte den Kopf und stieß einen tiefen Seufzer aus nach diesem unangenehmen Austritt, ehe er sich an die Arbeit machte.

Am Abend sagte er zu seiner Gattin: „Liebe Adelheid! Es thut mir leid, Dir mitteilen zu müssen, daß Moh von seinem Vorfat nicht abzubringen ist —“

„Nun denn, Daniel,“ fuhr seine Gattin auf, „so fange ich wirklich an zu glauben, daß dieser Mensch Dich auf irgend eine Weise in seiner Macht hat.“

„Nunja, Adelheid! Nur ruhig.“ sprach der Minister, indem er seine hübsche Hand etwas emporhob, „wie — ich meine das Mädchen — kann ganz unerschädlich gemacht werden, ohne daß wir sie fortzuschicken brauchen.“

„So? Wie das? — wenn ich fragen darf?“

„Sie könnten sich zum Beispiel verheiraten.“

„Hier im Hause?“

„Natürlich, liebe Adelheid, mit ihrem Onkel.“

„Mit Moh! — Das junge Mädchen mit dem alten Ge-
spann?“

„Ja, siehst Du,“ erwiderte der Minister und löste die Halsbinde vor dem Spiegel, „das ginge doch eigentlich uns nichts an.“

„Nein, darin magst Du recht haben,“ bemerkte seine Gattin zögernd; „aber mir scheint doch —“

„Dadurch würde sie ganz unerschädlich gemacht werden,“ fuhr der Minister fort.

„Das wohl?“ räumte Frau Bemuechen ein, „aber der eckelhafte Moh! Hast Du mir nicht überdies einmal erzählt, daß er krank —“

„Ja, Du hast recht, Daniel! Und wie Du selbst vorhin jagtest, geht es doch wirklich uns nichts an!“

„Das ist's eben, meine Liebe, wir haben nichts damit zu schaffen.“

Als Frau Bemuechen die Sache eine Weile überlegt hatte, kam auch sie zu dem Schluß, daß dieser Ausweg von allen der beste sei.

„Stammt die Idee von Dir, Daniel?“ fragte sie schelmisch.

„Nun, das will ich nicht gerade behaupten, hm!“

„Du bist doch ein feiner Mann!“ sagte die Frau Minister; „komm her zu mir, Daniel!“

Christine begann nun zu begreifen, um was es sich handelte. Onkel Andreas hatte nach einer schonenden Einleitung ihr erklärt, daß der Minister eine Sicherstellung gegen alle die Gerüchte, die, wie sie selbst wisse, im Umlauf seien, wünsche.

Eine Heirat mit Onkel Andreas war nach ihren Begriffen eine außerordentlich gute Partie. In den Umgebungen, zu denen sie gehörte, waren Vermählungen etwas ganz Gewöhnliches, und wenn dazu kam, daß ihr Vater es offenbar wünschte, so konnte sie nichts dagegen einzuwenden haben.

Sie hatte keine Verpflichtungen, sie hatte niemals einem Manne Hoffnungen gemacht. Deshalb verdroß es sie zwar, daß man sie dessen beschuldigt hatte.

Namentlich flammte ihr Zorn auf, wenn sie an den Doktor dachte, aber es war ein Zorn — schmerzlicher als alles, was sie früher gefühlt hatte.

Und obgleich sie keine Liebe zu bewahren hatte, schluchzte sie doch die ganze Nacht hindurch nach dem Abend, an welchem der Onkel sie geradezu gefragt hatte, ob sie seine Gattin werden wolle. Aber als sie sich ausgemerzt hatte, ward sie ruhig und vernünftig und sie gewann Stärkung durch den Gedanken, daß sie jetzt ihnen allen — und ganz besonders dem Doktor — einen wackigen, welches Unrecht sie ihr gethan hätten.

Am nächsten Morgen gab sie dem Onkel ihr Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

Achtung, Drechsler und Stockbieger! In hiesigen und auswärtigen Blättern werden Drechsler nach *Suum* gesucht. Dort sind, wie uns soeben mitgeteilt wird, sämtliche Arbeitsstätten besetzt. Es handelt sich dort darum, Arbeitswillige auf Lager zu haben. Für Hamburg werden ebenfalls Drechsler und Stockbieger gesucht. Dort handelt es sich um eine geplante Lohndrückerei. Arbeitslose sind auch dort in genügender Anzahl vorhanden. Wer also seinen Kollegen das Arbeitsverhältnis nicht erschweren will, der erkundige sich erst im Bureau des Holzarbeiterverbandes, *Tafelberg 5.*

Wieder einen Inferenten weniger. Der Inhaber der Firma *D. Lichtenstein* hat einem unserer Inferenten-Akquisiteure mitgeteilt, er würde nicht mehr in der „*Volkstimme*“ inferieren, weil — um weil ihm ein Artikel, der vor einigen Tagen in der „*Volkstimme*“ gestanden hatte, nicht genehm war. So sehr wir begreifen, daß jemand, der Inferent der „*Volkstimme*“ ist, glaubt sich dadurch einen Freibrief auf die Unantastbarkeit seiner Person zu erwerben, so sehr müssen wir uns darüber wundern, daß unsere Inferenten nicht verstehen, daß zwischen redaktionellem und Inferatenteil keinerlei Beziehungen bestehen als höchstens die, daß die Redaktion von Zeit zu Zeit eine Aufforderung an die Inferenten richtet, nur in Geschäften zu kaufen, die auch in der „*Volkstimme*“ inferieren. Wenn die Firma *Lichtenstein* sich nicht mehr darunter befindet, so ist das ihre Sache.

Beitragsmarken für die Invaliden- und Altersversicherung werden fortan bei den Postanstalten gegen Marken einer anderen Lohnklasse unter folgenden Bedingungen umgetauscht. Die Marken müssen unbeschädigt sein. Es findet nur ein Umtausch gegen andere Marken statt. Der etwaige höhere Wert der letzteren muß vom Empfänger bar gezahlt werden. Eine Barzahlung aus der Postkasse ist ausgeschlossen. Jede Postanstalt hat nur die Marken der Versicherungsanstalt umzutauschen, deren Marken sie verkauft. Der Umtausch von verbotenen oder unbrauchbar gewordenen Versicherungsmarken bleibt den Versicherungsanstalten vorbehalten.

Biersteuer. Die Einnahme im verfloßenen Rechnungsjahr beläuft sich auf 206 849 Mark 42 Pfg.; sie ist um 5006 Mark 30 Pfg. geringer, als die im Vorjahre und bleibt um 14 150,58 Mark gegen den Etatsanschlag zurück. Der Grund hierfür wird in der ungünstigeren Geschäftslage zu suchen sein. Die Einnahmen betragen in den letzten vier Jahren: 1898/99 202 730,38 Mark, 1899/1900 212 300,21 Mark, 1900 211 855,72 Mark, 1901 206 849,42 Mark. Im Berichtsjahre sind versteuert: 313 660,59 Hektoliter Lager- und Exportbier zu 65 Pfg. mit 203 879 Mark 39 Pfg., 29 700,30 Hektoliter Braun- und Gräberbier zu 10 Pfg. mit 2970 Mark 03 Pfg., zusammen 343 360,59 Hektoliter mit 206 849 Mark 42 Pfg. Es ergibt sich somit für das Jahr und den Kopf der Bevölkerung ein Verbrauch von 150,42 Liter gegen 153,47 Liter im Vorjahre. Die Vergünstigung monatlicher Abrechnung genießen gemäß § 12 der Biersteuer-Ordnung: 6 hiesige Lagerbierbrauereien, 15 Braubierbrauereien, 18 Biergroßhändler und 1 Malzfabrik. Die hiesigen Lagerbierbrauereien haben umgesetzt: 1900/1901 innerhalb der Stadt 175 736,25 Hektoliter, ausgeführt 159 013,42 Hektoliter; 1901/1902: innerhalb der Stadt 169 604,06 Hektoliter, ausgeführt 160 942,50 Hektoliter. An Strafen in Biersteuer-Vergehenheiten sind 61 mit einem Gesamtbetrage von 226 Mark festgesetzt. In 50 Fällen ist die Strafe freiwillig mit zusammen 185 Mark bezahlt, in 9 Fällen ist richterliche Entscheidung beantragt, einmal ist die Strafe ermäßig und in 2 Fällen erlassen.

Gesellschaft für ethnische Kultur. Die beiden Vorträge des Herrn Dr. *Kronenberg-Berlin* finden über „*Ethik, Weltanschauung und Religion*“ am Freitag, den 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, über „*Schule und Moralunterricht*“ am Freitag, den 14. d. M., abends 8 1/4 Uhr, im unteren Saale der „*Freundschaft*“ statt.

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters erhalten wir folgende Aufschrift: *„Fidelio“* wird morgen zum ersten Male in dieser Saison in Szene gehen, mit *Frl. Günther* als Leonore und *Frl. Hübsch* und den Herren *Boß, Scholz, Stephan, Bronsgeit* und *Kaps* in den übrigen Hauptpartien. Am Sonntag wird zur Vorfeier des Geburtstages *Schillers* „*Die Jungfrau von Orleans*“ aufgeführt. Wie wir schon kurz gemeldet, hat die Direktion zur Darstellung der Titelrolle das beliebte Mitglied des königlichen Hoftheaters in Berlin, *Frl. Amanda Lindner*, gewonnen, welche in dieser Rolle am Sonntag einmalig gastiert. Die Gastin, welche lange Zeit das gefeierteste Mitglied des berühmten Ensembles der „*Weininger*“ gewesen ist, hat gerade als Darstellerin der Jungfrau ihre bedeutendsten Erfolge erzielt, da sie wohl die Erste gewesen ist, welche, getreu dem schillerischen Geiste, die Heldin mehr als die „*gottgesandete Prophetin*“, denn als Schlachtenjungfrau zeichnete.

Die November-Ausstellung des Kunst-Vereins ist eröffnet. Sie führt eine umfangreiche Kollektion von Werken der „*Elbier*“, einer Gruppe Dresdener Künstler, vor, ferner eine große Zahl von Gemälden des Berliner Landschaftsmalers *Karl Hauber*, *Edberg* und eine Sonder-Ausstellung *Hud. Noth*, eines talentvollen Sohnes unserer Stadt, der in Berlin Wurzeln gefaßt hat. — In den nächsten Tagen werden der Ausstellung noch eine Reihe von Skulpturen, kunstgewerblichen Arbeiten und Kupferstichen hinzugefügt werden.

Eine Familien-Krankenkasse unter dem Namen *„Magdeburger Krankenunterstützungs-Verein (E. S. 91)“*, Bureau: *Grünearmstraße 3, 1 Tr.*, ist begründet. Außer den vier Mitglieder-Klassen (50 Pf. bis 2 Mark monatlicher Beitrag), in denen 50 Pf. bis 2 Mark tägliches Krankengeld und zwar schon nach einer Karenzzeit von 9 Wochen gewährt wird, hat man das Recht, seine Familie gegen einen geringen Beitrag mit versichern zu können. Arzt und Apotheke sind frei. Diese Unterstüßungen werden bis zum Ablauf von 15 Wochen gewährt. Aufgenommen werden Mitglieder vom 14. bis 60. Jahre, meist ohne ärztliche Untersuchung. Die Kasse wird vorläufig ehrenamtlich verwaltet.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben. (Parteigenossen!) Die letzte Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beauftragte den Vorstand, dafür zu sorgen, daß zur geeigneten Zeit der Genosse *Silberschmidt* beauftragt wird, eine Agitationsreise im Kreise zu veranstalten, damit die Reichstagswähler beizeiten ihren Kandidaten kennen lernen.

In der letzten Sitzung des Vorstandes, der auch der Genosse *Silberschmidt* bewohnte, ist nun beschlossen worden, noch mit Ende dieses Monats die Agitationstour in Angriff zu nehmen.

Da uns nun aber in *Egeln* und *Umgegend*, wo vor allen Dingen eine intensive Agitation entfaltet werden soll, Lokale nicht zur Verfügung stehen, bleibt uns nur übrig, auf dem Wege der Hausagitation mit den Bewohnern in Fühlung zu treten, und ist es deshalb Pflicht aller Parteigenossen, sich daran zu beteiligen, um so nach Kräften den Kandidaten zu unterstützen.

Der Vorschlag des Vorstandes geht nun dahin, daß am Sonntag, den 9. November, mit dieser Agitation begonnen wird, und zwar sollen die Genossen von *Otterleben* und *Umgegend* in *Egeln*, *Westeregeln* und *Etgersleben*, die Genossen von *Diesdorf* in *Wolmirsleben* und *Unseburg*, die Genossen von *Fermerleben*, *Salbke* und *Westershausen* in *Tarthun* und *Wledenen* und die Genossen von *Dobeleben* in *Wanzleben* thätig sein. An die Arbeit, Genossen! Es wird Zeit, daß die Vorarbeiten zum Wahltampff organisiert werden.

Gr.-Otterleben und Umgegend, 5. November. Parteigenossen, laut oben stehender Bekanntgabe des letzten Vorstandeschlusses sind wir verpflichtet, in drei großen Orten unseres Kreises sofort eine umfangreiche Hausagitation zu entfalten. Wir fordern Euch deshalb auf, am Sonntag morgen fleißig an der Agitation teilzunehmen. Der Abmarsch nach *Egeln* erfolgt punkt 7 Uhr vom *Strumpffschen Lokale*; kein Radfahrer fehle! —

Wanzleben, 4. November. (Eine außerordentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) fand am Sonntag, den 2. November, im Lokale des Herrn *Schrauber* statt. Der Bericht vom Parteitag mußte zurückgestellt werden, da der Genosse *Mitth* nicht erschienen war. Ueber die Lokalfrage entspann sich eine sehr rege Diskussion, in welcher besonders das Gebahren des Musikvereins einer heftigen Kritik unterzogen wurde. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die heute im Lokale des Herrn *Schrauber* tagende außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins erblidte in dem Mangel an größeren Lokalen einen Gemüthsdruck der ganzen Arbeiterbewegung. Die Versammlung beschließt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Erreichung eines größeren Lokales zu kämpfen. Von allen zielbewußten Genossen wird erwartet, daß dieselben alle Lokale meiden, welche für politische und gewerkschaftliche Versammlungen verweigert werden.

Ferner wurde den Genossen, welche dem Musikverein angehören, eine Frist von 4 Wochen gewährt, um sich nach dieser Resolution zu richten, da sonst die nächste Versammlung den Ausschluß vornehmen wird. —

Mischerleben, 4. November. (Die öffentliche Partei-Versammlung.) welche am Sonntag in *Schröders Lokal* stattfand, nahm zuerst den Bericht des Vertrauensmannes entgegen. Hierauf erstatteten die Revisoren Bericht über ihre Thätigkeit und wurde auf ihren Antrag dem Vertrauensmann *Decharge* erteilt. Die Neuwahl des Vertrauensmannes ergab, daß Genosse *Mikowsky* zum Vertrauensmann und Genosse *Kunze* zu dessen Stellvertreter wiedergewählt wurden. Als Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen *Franz Mennig*, *Franz Kunze*, *Robert Greiner* und *Gustav Mikowsky* proklamiert. Sodann wurde ein aus sieben Genossen bestehendes Wahlkomitee gewählt. Der Vertrauensmann schloß die Versammlung mit einem Appell an die Genossen, die Wahlbewegung zu beugen, um Mitglieder für den Volksverein und Abkommen für die „*Volkstimme*“ zu werben. —

Ukendorf, 5. November. (Achtung, Parteigenossen!) Die Verbreitung der Agitations-Kalender wird am Sonntag, den 9. November, um 11 Uhr mittags, vorgenommen. Wir hoffen, daß sich die Genossen recht zahlreich und pünktlich im Parteilokal einfänden. Am Sonntag nachmittag findet um 3 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung im *Wittenbergischen Lokale* statt, zu welcher Herr *Dr. Kramer* aus *Magdeburg* das Referat übernimmt hat. —

Braunschweig, 5. November. (Der Disciplinarhof) des braunschweigischen Oberlandesgerichts hat gestern das Urteil erster Instanz (Verweis und Tragung der Kosten) gegen den Landgerichtspräsidenten *Dr. Adolf Dedekind* bestätigt. Dedekind hatte seiner Zeit die Denkschrift der braunschweigischen Regierung über die staatsrechtliche Stellung der Regentenschaft scharf angegriffen. Seine Verurteilung war beim Disciplinarhofe schon einmal zur Verhandlung gekommen; damals wurde die Sache zur weiteren Verweiserhebung verlagert. Der Gerichtshof beschloß nämlich, einem vom Verteidiger, dem Sohne des Berurteilten, Rechtsanwalt *Hermann Dedekind*, schon in der Vorinstanz gestellten, aber abgelehnten Infrage entsprechend, die Korrespondenz des früheren preussischen Gesandten *Prinzen Hienburg* mit dem braunschweigischen Staatsministerium, die dem Erlass des Regentenschaftsgesetzes (1879) unmittelbar vorausgegangen ist, einzufordern. In dieser Korrespondenz soll, wie von weltlicher Seite behauptet wird, das braunschweigische Staatsministerium die preussischen Wünsche über die Handhabung des Regentenschaftsgesetzes entschieden zurückgewiesen und das braunschweigische Staatsministerium in diesem Rückschreiben eine Auffassung über die Bedeutung des Regentenschaftsgesetzes bekundet haben, die mit der des jetzigen Staatsministeriums unvereinbar sei.

In der oben erwähnten Denkschrift der Regierung vom 5. März d. J. wird nämlich betont, daß auch für den Fall des Ablebens des Herzogs von *Cumberland* die Regentenschaft fortbestehen, während der damalige braunschweigische Staatsministerum angebl. anderer Ansicht gewesen sein soll. Western war das Staatsministerium dem Ersuchen des Gerichtshofes insoweit nachgekommen, als es von den im diplomatischen Verkehr mit Preußen gewechselten Aktenstücken das Antwortschreiben des früheren braunschweigischen Staatsministers *Schulz* auf die Zuschrift des preussischen Gesandten *Prinzen Hienburg* dem Disciplinarhofe zur Verfügung stellte. In dieser Antwort werden die preussischen

Forderungen auf Verlagung aller Ansprüche des Herzogs von *Cumberland* zurückgewiesen. Dem Ersuchen auf Verlegung des Schreibens des *Prinzen Hienburg* gab das herzogliche Staatsministerium dagegen nicht statt.

Zwei weitere Weisungsanträge wurden vom Gerichtshofe abgelehnt. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß, obgleich der Inhalt der ministeriellen Denkschrift sich in streng juristischen Formen bewegt habe, dies bei den bedenklichen Auslassungen nicht der Fall gewesen sei. Durch die Art der Kritik des Angeklagten sei die Ehrerbietung vor der Regierung verletzt worden.

Der Landgerichtsdirektor ist also für seine Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus bestraft worden. —

Burg, 5. November. (Arbeiterisiko.) Der Zimmerer *G. Reppin* fiel beim Nichten eines Stalles auf der *Polzthner Mühle* circa 4 Meter hoch herunter und zog sich außer anderen Verletzungen eine Verstauchung der Rückenwirbelsäule zu. Was waren wohl die Ursachen dieses bedauerlichen Unfalls? —

g. Halle, 5. November. (Folgen der Soldatenmischhandlungen.) Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Kriegsgericht der 8. Division gegen den Feldwebel *Melzer* vom 153. Infanterie-Regiment in *Altensburg*. Er hatte einen Untergebenen geohrfeigt und dann denselben verleitet, dieses vor Gericht in Abrede zu stellen. Durch einen Brief eines Verwandten des Geohrfeigten an den Major kam die Geschichte heraus. Die Verhandlung, zu der mehrere Zeugen geladen waren, hatte das Ergebnis, daß *Melzer* wegen Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Er und auch der zulaufende Gerichtsherr haben bei dem Oberkriegsgericht in *Magdeburg* gegen das Urteil Berufung eingelegt. —

Quedlinburg, 5. November. (Kein Achnthradenschluß.) Der Magistrat hat eine Petition der Handlungsgehilfen um Einführung des Achnthradenschlusses abschlägig beantwortet. — Allerdings ist dazu erst, nach dem schädlichen Gesetz, wie es der nationalliberale Abgeordnete *Placke* wünschte, die Zustimmung von zwei Dritteln der Arbeitgeber notwendig. Die Handlungsgehilfen sollten erst eine Kundfrage bei den Prinzipalen veranstalten. Wenn ein Drittel die Zustimmung gegeben hat, muß der Regierungspräsident die anderen zur Antwort auffordern. Wenn ein Drittel der Arbeitgeber einer Branche sich zustimmend geäußert hat, wird der Regierungspräsident die gesamten Kaufleute derselben Branche zur Achnthradenschluß veranlassen, da der Achnthradenschluß auch branchenweise durchgeführt werden kann. —

Quedlinburg, 5. November. (Die hereingefallene Funne.) Der Fleischerinnung, von der wir kürzlich berichteten, daß sie durch Mehrheitsbeschluß die Fleischpreise festgesetzt und ihre Mitglieder, welche sich an diesen Beschluß nicht gehalten, in Ordnungstrafe genommen hatte, ist jetzt seitens der Aufsichtsbehörde bedeutet worden, daß ein derartiges Vorgehen ungesetzlich ist. Derartige Straffestellungen müssen demnach in Zukunft unterbleiben.

Quedlinburg, 5. November. (Durch einen Sturz vom Wagen) verunglückte gestern in der Nähe von *Wallestedt* der Handelsmann *K. von hier*. Der Mann wurde erst in das *Wallestedter Krankenhaus* aufgenommen und dann nach hier überführt. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Stadtverordnetenwahlen in *Nordhausen* ergaben den Sieg des sogenannten liberalen Komitees. Die Liste desselben vereinigte 602—608 Stimmen auf sich. Abgegeben wurden überhaupt 880. Der Rest von 146—213 Stimmen wurde auf die Liste des „*parteilosen*“ Komitees abgegeben. — In *Wimlingerode* bei *Nordhausen* wurde bei der Brunnensfeier der 19jährige *Walter* nach *Altensburg* entführt. Der Täter ist verhaftet. — In der Ziegelei zu *Debschowitz* ist ein Arbeiter in die Maschine geraten und hat sich mehrere Verletzungen zugezogen, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Eine schreckliche Wirtin wurde am Sonntag in *Laucha* verübt. Das Opfer derselben ist der Hausknecht *Emil Weined* im Gasthof „*Zur Mose*“, der zugleich Verpflegungssituation ist. Er hatte den abgehenden Arbeiter *Luther* wegen ruhigeren Werts an die Luft gesetzt und war dann noch ausgegangen, wobei er von 2. auf offener Straße überfallen und ihm die linke Halsschlagader durchgeschnitten wurde. *Weined* schleppte sich noch ca. 100 Meter weit und verblutete dann. Der hinzugekommene Arzt konnte nur den Tod konstatieren. Der Täter ist entflohen. — In der Sonntag-Nacht wurde der *Wirt* in *Liebharts* bei der *Milseburg*, *Kudwig Schleichert*, in seiner eigenen Wirtschaft erstochen. Der blutigen Tat ging ein kurzer Wortwechsel voraus. Drei der Tat verdächtige Wuchsen sind verhaftet. — Ein erschütternder Unfall ereignete sich in *Clottenberg* zugetragen. Auf einer nahen Wiese vergnügten sich mehrere Kinder um ein Feuer. Die kleine, 4 Jahre alte Tochter *Anna* des Aufsehers *Hier* kam bei dem Spiel den gefährlichen Flammen zu nahe, die Kleider fingen Feuer und brannten der Kleinen am Leibe herunter, wobei das unglückliche Kind so schwere Brandwunden erlitt, daß es nach einer Stunde von seinen schrecklichen Qualen erlöst wurde. — Das Schwurgericht in *Deffau* verurteilte gestern den Einwohner *Hüttenbach* wegen Raubmordes, begangen an dem *Nachrichtbräuer* *Rauh* in *Neßlau*, zu lebenslänglichem Zuchthaus. —

Bermischte Nachrichten.

Briefverkehr auf der Düsseldorf Ausstellung. Die „*Bl. Volkstz.*“ schreibt: Während der Ausstellungszeit vom 1. Mai bis 20. Oktober, sind im ganzen 5 566 045 gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen aufgeföhrt worden. Die Tagesauflieferung beträgt also an Briefsendungen 32 174 Stück, worunter sich täglich 20 214 Postkarten befinden haben. Den Rekord weist der 19. Oktober (Sonntag vor Ausstellungsschluß) auf mit 64 346 Postkarten. In dieser Beziehung ist ein Vergleich mit der Gewerbe-Ausstellung in *Berlin* 1896 außerordentlich interessant. Nach einem Aufschuß im „*Archiv für Post und Telegraphie*“ (Nr. 24 Jahrgang 1896) wurden auf der Ausstellung in *Berlin* 2 179 722 gewöhnliche, eingeschriebene, Eil- und Nothpostsendungen aufgeföhrt. Das Postamt auf der *Berliner Ausstellung* ist vom 1. April ab, also einen Monat länger, betrieben worden. In dieser Abhandlung wird bemerkt, es seien an einzelnen Tagen weit

Über 20 000 Postkarten aufgefertigt worden; die Höchstzahl sei am 18. September mit annähernd 25 000 erreicht worden. Hiernach ist die Höchstzahl der Berliner Ausstellung um mehr als 4000 Stück täglich in Düsseldorf übertraffen worden, wo außerdem die Höchstzahl mehr als das Zweieinhalbfache von Berlin erreicht hat.

*** Ueber die Jagdbeute des Kaisers während seiner nunmehr dreißigjährigen Jagdzeit hat der "Vorwärts" eine genaue Berechnung aufgestellt. Danach hat der Kaiser im ganzen folgenden Wild erlegt: 1802 Rothirsche, 66 Rottiere, 1596 Damhirsche, 96 Damtiere, 2507 grobe Sauen, 816 geringe Sauen, 798 Rehböcke, 121 Gemsen, 17 881 Hasen, 1627 Kaninchen, 4 Wisentstiere, 7 Elche, 8 Reutiere, 3 Wären, 3 Dachse, 26 Füchse, 1 Baumwarber, 84 Auerhähne, 24 Vorkhähne, 18 891 Fasanen, 703 Nebelhühner, 95 Grouse, 3 Schurpsen, 56 Enten, 826 Reiher und Kormorane, 473 Verschiedenes, 1 Wat, 1 Fehst, in Summa 47 443 Stück. Rechnet man von jeder Wildgattung das Durchschnittsgewicht eines Exemplars, so ergibt dies für Hirsche von der kaiserlichen Jagdbeute ein Lebendgewicht von 205 200 Kilogramm, Damwild 169 200 Kilogramm, Rehe 5985 Kilogramm, Gemsen 907,5 Kilogramm, Hasen 35 762 Kilogramm, Kaninchen 24 405 Kilogramm, Wildschweine 494 025 Kilogramm, Wären 750 Kilogramm, Füchse z. 150 Kilogramm, Elche 2100 Kilogramm, Reutiere 500 Kilogramm, Wisente 2000 Kilogramm. Für Vorkhühner ergibt die Berechnung 105,75 Kilogramm, Fasanen 28 336,50 Kilogramm, Reiher 2065 Kilogramm, sonstige Vögel 564 Kilogramm. Für alles dieses Wild zusammen erhalten wir ein Gesamtgewicht von 950 091,25 Kilogramm, welches zur einmaligen Speisung von 1 900 182 Personen, also ungefähr der Einwohnerzahl der Reichshauptstadt, hinreichte.**

*** Den Briefmarkensammlern will der französische Handelsminister Trouillot und sein Unterstaatssekretär der Posten für den Beginn des neuen Jahres eine besondere Freude bereiten: durch die Ausgabe einer neuen Reihe von Briefmarken, die das Bild der "Semene" von Noty schmücken soll. Noty hat dem Staate bereits das Recht der Wiedergabe seiner Säerin im Flächenbilde überlassen, sogar unentgeltlich, wie man versteht. Es ist dieselbe Semene, die man auf den neuen französischen 1/2-, 1- und 2-Franc-Stücken sehen kann: ein junges, hübsches, kräftiges Weib, die phrygische Mütze auf dem aufgelösten, flatternden Haar tragend, das auf weiter Ebene in die Dichte der am Horizont aufsteigenden Sonne länd dahinschreitet.**

Bitterweises.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin, Dönhofsstraße 2) haben schon das Novemberheft ihres 8. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Paul Umbreit: Der gegenwärtige Stand des Problems der Arbeitslosen-Versicherung. — Eduard Bernstein: Parteien und Klassen. — Heinrich Kreis: Die sozialdemokratische Presse und das Genossenschaftswesen. — Dr. Kasimir von Helles-Kraus: Sozialismus und Marxismus. — Friedrich Gerb: Moderne Klassen-theorien. — Rudolph Laboff: Die Aufgaben der Arbeiter-Sekretariate und des Central-Arbeiter-Sekretariats. — Mia Claassen: Ricardo Such. — Dr. Rudolf Walfisch: Arbeiterbewegung und Delirium. — Politik von Richard Calmer. — Wirtschaft von Max Schippel. — Sozialistische Bewegung von Dr. L. Gumpel. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Reinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Herrud David. — Sozialpolitik von Paul Stampfmeier. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialwissenschaften von Dr. Leo Krons. — Neuen von Paul Göhre. — Als künstlerische Aufgabe bringt das Heft ein Porträt von Ricardo Such, gezeichnet von Karl Bauer. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkstimme, deren Kolporteurs und Postanstalten (Postzeitungsverzeichnis Nr. 7133), ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Dönhofsstraße 2, Berlin Südwest 19. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossener Couvert.) Probenummern stehen auf Wunsch kostenfrei zur Verfügung.

Vereins-Kalender.

Städtische Arbeiter, Filiale 3. Versammlung Sonnabend, den 8. November, abends 8 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Ansohenhauserstraße 27/28. — 303

Männer-Turnverein „Angola“. Alte Neustadt. Uebungsstunden: Dienstag u. Freitag von 8 bis 10 Uhr in der „Krone“, Moldanstr.

Briefkästen.

§ Dreitausend 13,66. — Weiser Kirch 20,85. — Uebersicht von der Beschäftigung des Postamtes Nr. 170. — Vereinsbeiträge 250,00. — Eintrittsgelder 20,00. — H. St., Neustadt 0,50. — G. H. den 3,00. — S. W. den 2,35. — D. Regl. 2. Rate 1,75. — Produktionsgenossenschaft, 1. Rate für den Hofhof 4,40. Sozialdemokratischen Gruß!

Wasserstände.

| Ort | 3. Nov. | 4. Nov. | 5. Nov. |
|--------------|---------|---------|---------|
| Barzbüßig | -0,05 | -0,04 | -0,01 |
| Brandeis | -0,16 | -0,17 | 0,01 |
| Meinl | -0,52 | -0,55 | 0,03 |
| Reinzier | -0,53 | -0,46 | 0,07 |
| Außig | -0,28 | -0,39 | 0,02 |
| Tresben | -1,62 | -1,55 | 0,04 |
| Torgau | +0,24 | +0,29 | 0,04 |
| Rittensberg | +1,12 | +1,06 | 0,06 |
| Hofitz | +0,52 | +0,52 | 0,02 |
| Barby | +0,76 | +0,74 | 0,02 |
| Schöneberg | +0,54 | +0,52 | 0,02 |
| Regensburg | +0,95 | +0,97 | 0,03 |
| Langensalza | +1,39 | +1,34 | 0,05 |
| Wittenberg | +1,17 | +1,15 | 0,02 |
| Edmitz, Bege | +0,67 | +0,65 | 0,02 |
| Lauenburg | +0,77 | +0,74 | 0,03 |

Marktberichte.

Magdeburg, 5. November. Weizen tüge. Schirff und Soemmering 145—148, Raubwägen 147—151 je nach Lage der Station bezahlt. Roggen mäßig, trockener 139—141 je nach Lage der Station bezahlt, abfallende Sorten in beiden Richten billiger angeboten. Hafer fest, inländischer 142—145, ausländischer 139—144 franco hier bezahlt. Gerste, braunrote fest, Landgerste und geringe Spezialität 140—145, bessere Spezialität 145—160 je nach Station, je nach Qualität. Erbsen ruhig, Viktoria 192—212, grüne Felger 200—230 ab Station gefordert. Mais fest, Preis 131, Rundmais 132—134 ab hier bezahlt.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00—23,00. Speisebohnen (weiße) 20,00—36,00. Binsen 17,00—30,00. Kartoffeln 5,00—5,50. Nudeln 4,00—5,00. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6,50—7,50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch

im Großhandel 1,02—1,06, von der Reule 1,40—1,60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1,30—1,50. Hammelfleisch 1,30—1,50. Speck (geräuchert) 1,60—1,80. Eßbutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4,00—4,80.

207. Königlich Preussische Klassenlotterie.

4. Klasse. 16.ziehungstag, 5. November 1902. Vormittag. Nur die Gewinne über 232 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. V. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten.)

7 408 749 038 82 1000 89 179 414 512 770 871 964 2201 885 650
88 767 869 3072 147 808 62 08 (500) 401 522 642 700 900 4187 215
71 (500) 887 478 81 510 17 675 91 718 856 98 5006 27 55 162 251 829
41 61 421 61 628 85 870 908 6151 258 878 516 85 702 14 82 7494
686 688 888 48 934 8180 40 278 854 468 551 57 806 55 62 93 922 9007
75 862 (500) 420 (3000) 21 68 46 704 68
1000 112 (500) 852 71 478 601 774 11118 280 60 896 672 86 940
12018 116 698 81 618 704 927 13469 181 84 870 575 604 46 757 824 941
(500) 78 1427 65 (3000) 162 270 807 92 (500) 468 49 612 604 28 45 75
654 15457 (500) 694 45 (3000) 751 72 694 927 16004 117 (1000) 828
(5000) 410 593 657 62 752 17228 (500) 95 879 96 404 57 514 794 872
702 82 86 1822 98 838 81 418 680 96 881 42 19016 67 165 231 819
(500) 85 (500) 482 550 82 640 68 71 726 (3000) 81
20 84 88 259 865 68 558 627 978 21059 145 248 58 800 467 649
978 22104 (500) 82 (500) 81 212 76 88 96 830 88 40 697 696 71 84 (500)
818 927 23190 261 806 (3000) 29 (3000) 447 62 572 (3000) 98
72 24016 122 448 581 640 (3000) 726 68 86 92 896 966 25485 158 72
605 61 728 826 26017 85 214 469 679 836 27115 229 54 61 401 85 87
686 (3000) 58 727 86 98 95 (500) 900 11 80 28169 831 465 542 696
(500) 86 790 905 210094 183 (1000) 204 76 562 78 688 (500) 988
30166 877 625 85 686 710 815 31019 (500) 128 100 46 297 (1000) 544
791 (1000) 32198 289 56 493 632 719 33018 124 65 285 865 70 403
555 6 28 87 700 84 56 86 925 57 34187 824 458 678 702 35199 218
598 845 840078 125 880 469 576 (500) 674 37074 101 (5000) 15 22 68
206 700 837 93 (3000) 598 38418 126 29 (500) 94 928, 58 561 705 800
74 (1000) 39166 218 68 423 546 54 682
40 30 488 920 41016 272 414 688 971 96 42048 262 514 76 689
716 70 995 43117 847 685 867 900 52 44050 64 22 82 598 682 97 805
6 47 76 986 45056 59 61 890 515 40147 658 65 489 548 743 858 (3000)
67 47 848 19 520 92 645 (3000) 718 (1000) 800 76 48018 182 827
421 749 (500) 82 92 908 9 70 49034 275 80 454 556 616 20 722 54 915
50 385 226 (3000) 86 903 458 501 81 675 771 51009 120 181
294 355 448 80 606 762 52026 80 615 782 988 530 4 456 685 6 76
770 967 (3000) 87 54885 290 57 807 462 548 89 (500) 626 88 967
5516 600 88 416 21 678 790 (500) 50225 42 445 49 96 57044 86
120 212 804 49 478 79 99 509 61 634 58 686 844 441 77 520 59172 214
29 468 571 684 775 971
60085 87 89 154 420 81 507 62 (1000) 689 80 884 909 45 61125
248 309 27 400 74 594 697 827 910 98 62044 108 17 (1000) 825 466
524 795 911 63009 174 812 19 526 57 818 64016 127 29 86 192 (500)
239 74 891 97 599 640 (1000) 710 901 65142 514 523 82 69 68 794 91
870 60497 590 6500 (1000) 793 978 62103 496 87 602 78 68036 54 160
242 467 536 605 789 69011 42 209 45 47 78 452 614 771 96 836 64 91
904 (3000) 22 88
70005 85 149 74 247 69 388 (500) 751 71062 196 250 69 (500) 618
44 816 86 95 72096 182 53 932 87 575 80 693 51 89 796 912 74832
86 72 759 916 74037 167 265 (500) 827 425 (500) 508 700 904 89 78
75410 88 693 710 11 823 924 76062 98 117 278 609 91 (500) 962
77123 89 227 968 457 985 78016 77 281 83 628 430 57 82 627 878 918
25 (500) 79012 65 290 521 611 22 706 17 891 953
80118 568 861 915 81112 624 818 19 (1000) 25 82109 28 280 404
(500) 518 47 618 720 800 904 29 83015 32 38 126 406 586 904 5 95
84010 216 988 493 48 642 47 68 791 848 85011 26 255 861 408 549
61 629 97 814 70 989 80011 102 10 41 71 202 22 51 76 498 646 786
834 45 57 985 87180 400 719 889 88120 381 88 78 400 2 40 (500)
60 782 65 825 900 89000 6 65 151 210 48 95 854 451 617 78 851
9005 52 448 584 784 91127 208 85 98 675 778 81 559 192012
(500) 72 (1000) 226 59 71 455 628 49 820 93118 278 407 69 517 666
878 90 94167 118 478 594 687 749 899 922 74 95018 290 (10000)
603 27 621 752 859 99 912 96154 635 987 97185 8 217 876 92 435
612 712 96 908 (500) 98350 536 838 62 940 49 99091 807 26 420 628
63 88 722
100 905 158 262 95 321 96 410 519 (500) 49 676 826 50 991 101324
50 448 658 90 766 87 102146 223 421 48 554 788 900 103867 280 888
40 84 69 72 652 61 74 92 732 984 101056 101 15 874 478 99 707 32
48 800 31 74 (500) 105191 354 748 878 958 (5000) 106061 68 777 420
44 59 500 61 707 907 55 107006 129 (1000) 74 288 (500) 97 882 639
718 894 907 106093 418 (500) 683 747 843 84 968 (500) 109119 91 279
85 441 506 601 58 68 703 77 888
110016 56 180 218 478 506 855 111002 17 67 174 235 72 392 508 67
689 (1000) 788 50 987 112035 162 288 322 80 50 (1000) 459 68 597 704
113262 74 197 320 668 95 875 915 (1000) 87 11684 188 218 120 314
42 626 8 0 115059 212 360 433 570 641 52 712 854 91 116057
(500) 75 155 76 458 509 518 88 906 15 83 117152 316 514 79 639 61
(500) 753 58 976 88 118077 99 102 (500) 69 85 242 395 401 55 510
(3000) 60 650 717 694 428 88 47 119007 63 194 476 549 952 94
120226 40 (1000) 315 (1000) 55 74 518 57 672 87 948 12199 227
364 452 654 (500) 60 87 (500) 732 810 962 89 122265 429 540 608
123252 339 47 512 699 763 812 83 919 98 112228 77 627 796 97
125016 61 278 903 9 33 474 576 628 717 859 946 126156 (500) 961 468
81 619 (500) 63 749 811 37 127115 452 563 621 962 128154 209 58
90 99 411 19 92 652 731 841 920 129050 247 310 50 87 404 533 702
605 68 98 925 51
130109 241 850 53 78 84 488 698 781 873 944 70 131032 133 226
99 429 91 525 878 132101 56 206 42 63 819 609 706 819 133054 92
273 74 382 501 (1000) 857 925 133010 56 156 241 63 810 445 928 135104
17 587 639 701 968 136089 153 245 95 383 44 523 40 714 55 61 66
137020 114 (500) 258 85 826 94 426 51 539 605 138343 49 78 725 95
139192 32 34 67 (500) 102 10 78 888 550 66 718
140084 282 853 647 919 24 46 141081 (500) 125 98 200 27 879
767 71 626 905 142039 180 235 823 412 599 685 909 70 143015 479
530 658 825 72 (1000) 989 141071 165 77 98 835 482 697 708 40 959
146158 221 528 56 601 (3000) 32 35 79 729 (3000) 88 836 900 42
146182 614 46 878 (3000) 982 (1000) 117137 39 71 82 583 608 844
928 31 (500) 99 118080 182 290 429 548 731 149391 768 860 78
150198 518 654 72 758 (500) 904 87 92 (3000) 151013 (500) 38
142 259 75 82 526 27 50 693 705 989 152228 (500) 949 418 881 154051
65 158 2 88 248 450 594 818 902 4 151066 101 42 494 528 847 155074
418 30 529 53 716 20 94 922 87 156035 102 36 393 619 600 50 157367
574 909 24 (500) 158107 50 901 483 577 715 884 159172 286 94 97
477 576 614 46 761 65 839 59 928 (3000)
160059 114 (1000) 251 319 588 (1000) 637 71 89 715 78 939 161038
692 41 814 936 162038 107 474 677 709 29 570 900 91 163003 77 79
(500) 165 213 92 467 512 15 856 164094 151 238 64 393 661 88 718 50
993 165010 241 816 21 546 673 (1000) 775 166047 (500) 121 204 88 908
76 (500) 401 65 544 604 (500) 793 863 167141 236 616 (3000) 790 56
612 967 168056 292 408 75 87 554 601 73 966 169036 55 100 (500) 48
390 546 605 40 625
170117 68 241 76 79 348 490 (1000) 58 68 628 40 712 171088 109
82 61 255 (1000) 50 91 863 95 406 55 788 87 874 921 89 172185 92 251
411 74 506 654 762 173025 266 78 547 78 606 760 88 173255 456 71
618 769 76 818 99 175022 77 130 (3000) 41 815 87 577 607 58 176000
100 (500) 67 281 35 51 62 384 566 (500) 651 709 20 998 177117 45
269 304 32 (1000) 50 881 90 178047 120 54 83 242 724 83 (500) 978 84
179121 85 319 541 613 65 79
180072 314 424 40 533 70 625 98 (1000) 88119 (3000) 290 95
327 435 552 6 8 731 73 801 2 992 182153 74 239 45 534 941 183027
25 3 70 51 842 184120 243 473 91 600 69 784 856 919 (1000) 80 65 71
185 309 10 153 86 316 459 547 (500) 664 721 800 906 75 92 186034
119 59 322 453 567 896 70 921 187186 228 54 362 700 71 848 188210
30 15 472 612 558 69 77 189001 182 27 55 501 55 813 50
190881 31 33 61 62 306 87 497 516 757 602 72 191053 64 19
268 72 410 11 69 565 765 688 608 192022 29 277 323 490 575
757 59 569 (3000) 103031 188 577 600 93 787 692 194032 112 4
68 287 482 726 (3000) 849 326 195221 84 (3000) 59 145 386 431
955 31 196122 (1000) 207 528 42 (1000) 197011 146 285 36 48 581
725 55 (500) 73 550 79 966 20 29 198035 42 128 292 353 87 439 (3000)
523 95 642 754 76 819 63 77 92 95 (500) 9 28 19935 379 489 (1000)
553 951
200125 59 255 92 343 84 444 91 556 818 40 65 78 201084 157 258
64 76 308 (500) 436 68 647 726 39 852 202255 (3000) 8 8 464 548
203258 402 80 522 842 68 928 42 204020 122 261 485 667 788 88 822
24 25 63 205023 615 61 737 47 (3000) 819 27 46 206147 358 64 561
(500) 858 (3000) 81 955 207666 173 (500) 323 471 518 694 838 64
549 58 62 208328 672 (500) 706 26 855 209008 291 467 586 937
210059 63 112 18 850 545 596 43 47 681 983 211180 262 890
(1000) 52 442 76 (1000) 94 529 623 (3000) 29 34 788 970 212040 100
33 55 245 46 77 810 844 48 968 213638 264 86 469 591 89 67 1062
943 214028 59 136 42 245 429 76 577 91 659 971 215026 64 (1000)
215 46 652 793 826 47 (1000) 947 216226 324 64 550 85 641 882 85
975 217051 337 43 98 576 621 974 218165 216 362 417 82 38 63
219179 90 206 343 421 45 553 56 675 955
220090 171 774 961 221651 329 443 559 996 978 222000 39
(500) 85 169 619 74 801 994 223710 103 553 99 940 42 224830 819
73 532 (3000) 61 70 93 701 10 844

4. Klasse. 16. Ziehungstag, 5. November 1902. Nachmittags.

Nur die Gewinne über 232 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. V. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten.)
11 180 818 624 61 857 1001 72 129 47 88 4

fammen 112 Sitze, die Konserverativen und die Unabhängigen konnten nur 52 bez. 5, insgesamt also 57 Sitze halten. Da die Liberalen und sozialistischen Kandidaten ohne Ausnahme sich gegen die Schulbill erklärt hatten, so sind die Wahlen als ein Pronunciamento gegen dieses unpopuläre Gesetz aufzufassen. —

Rußland.

Ein russischer Geheimerrat gegen die revolutionäre Propaganda in der Armee.

Der „Worm“ dient bekanntlich zur Veröffentlichung geheimer Erlasse nicht nur der deutschen, sondern auch der russischen Regierung. Heute unterbreitet er wieder ein solches Dokument der Öffentlichkeit. Das Original ist vom Kriegsminister A. Kuropatkin unterzeichnet. Es besteht die Thatsache ein, daß die letzte und kräftigste Stütze des russischen Absolutismus — ein halbwilliges Militär — zu schwanken beginnt. Einem einzigen Gemeinen gelingt es im Fekaterinoslawischen Dragoner-Regiment, eine Organisation zu gründen, und seine Kameraden sind ihm bei seinen „verbrecherischen Handlungen“ „direkt“ behilflich gewesen; andere Kameraden machen sich des . . . Nichtverhinderns und Nichtdemunzierens schuldig. Es giebt demnach in Rußland eine neue Kategorie politischer Verbrecher, „Nichtverhinderer“, „Nichtdemunzierer“! —

Amerika.

Wahlergebnis.

Die bis jetzt bekannten Ergebnisse der amerikanischen Kongresswahlen zeigen, daß zwar die Demokraten Gewinne zu verzeichnen haben, daß aber die Republikaner die Mehrheit auch im neuen Repräsentantenhaus haben werden. —

Afrika.

Die tapferen Buren gegen den „tolken“ Mullah.

Dem „Standard“ wird aus Johannesburg telegraphiert: Eine große Anzahl Buren hat sich an die Regierung mit dem dringenden Gesuch gewandt, als irreguläre Truppen im Somaliland gegen den tolen Mullah kämpfen zu dürfen. — Ob die Regierung das Anerbieten annehmen wird, ist noch unentschieden. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie es von der Hand weisen wird. —

Kleine politische Nachrichten. Die Berliner Liberalen haben das Stadtverordnetenmandat Professor Wirschows in der Nachwahl leider behauptet. Dagegen stieg unsere Genossen bei einer Nachwahl in einem anderen Bezirke. — Die venezolanischen Regierungstruppen haben einen großen Sieg über die Insurgenten errungen; die Revolution wird als beendet erklärt. — In Haiti ist es zu neuen heftigen Zusammenstößen gekommen. — Die Philippinen-Kommission traf Anordnungen, durch welche der Küstenhandel für alle fremden Fahrzeuge geöffnet wird. — Die Italiener landeten in der Midia-Vai neuerdings eine Truppenabteilung, welche die Piraten gewaltsam an Bord brachte. — Das französische Amtsblatt veröffentlicht einen Erlass des Kriegsministers, nach welchem die Körperstrafen in den Strafkompagnien und den Militärstrafhäusern unterlagert werden. — Bei den gestrigen Wahlen für den niederösterreichischen Landtag sind in Wien bis auf einen Bezirk, in dem eine Stichwahl notwendig ist, sämtliche christlich-sozialen Kandidaten gewählt worden. —

Aus der Parteibewegung.

Politische Gesinnung und Bürgerliches Gesetzbuch. Ein Kaufmann Pflaumbaum in Ungerburg hatte dem Unfallrentner Köpke durch Vertrag die Verwaltung einer Filiale seines Geschäfts übertragen. Am 1. Oktober ließ jedoch Pfl. den Köpke die Stellung nicht antreten mit der Begründung, daß er vom Vertrage zurücktrete, weil er nachträglich erfahren habe, daß Köpke Sozialdemokrat sei. Köpke klagte und die Sache kam vor das Amtsgericht Ungerburg. Im Termin berief sich Pfl. auf den § 119 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welcher lautet:

„Wer bei Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtum war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte, kann die Erklärung anfechten, wenn anzunehmen ist, daß er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde.“

Interessant ist, daß Superintendent und Landrat den Kaufmann auf die Zugehörigkeit des Köpke zur Sozialdemokratie aufmerksam machten. — Das Gericht gab dem Kaufmann recht. —

Eine Wahlkreis-Konferenz in Bayreuth beschloß, vom 1. Januar 1903 an ein gemeinsames Parteiblatt für alle fränkischen Wahlkreise herauszugeben. Bisher erscheinen in diesen Bezirken zwei Kopfbätter der „Fränkischen Tagespost“. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. November 1902.

— **Parteienoffen!** Das Wahlergebnis der Stadtverordnetenwahlen wird heute, Donnerstag, abend in einer öffentlichen Versammlung im „Dreikaiserbund“ verkündet. Die Wahlpraktiken der Wismarschulpartei, die heute durch Fallenslassen der Kandidaturen Jaksobs und Dürrer den in Aussicht stehenden Sieg der Sozialdemokratie verhindern wollen, kommen zur ausgiebigen Besprechung. Deshalb: **Alle Mann an Bord!** —

— **Arbeiterisiko.** Dem Formerlehrer Hermann Kabeitz ist heute früh ein Krupp-Grusonwerk ein Formkasten auf die linke Hand gefallen, wodurch dieselbe arg verletzt wurde. — Dem Arbeiter Carl Schliwsky aus Lemsdorf schlug heute vormittag in der Fabrik von Otto Gruson u. Co. eine Krankhobel auf den rechten Arm, wobei derselbe gebrochen wurde. Beide Verletzte wurden im Sudenburger Krankenhaus aufgenommen. —

— **Unfälle.** Der Knabe Karl Schwarzkopf aus Buchau ist am Mittwoch nachmittag auf der Straße beim Spielen von einem andern Knabe hingestoßen worden, wobei er sich den linken Arm brach. — Der Arbeiter Albert Weidner aus Hohendobelen ist am Mittwoch

im Hofe der Zuckerraffinerie in Sudenburg, wo er beschäftigt war, ausgerutscht und hat sich die linke Kniegabel ausgefallen. Beide Verletzte fanden Aufnahme im Sudenburger Krankenhaus. —

— **Ein schreckliches Unglück** ereignete sich am Donnerstag mittag gegen 12 Uhr in der Nähe der Citadelle, zwischen Strom- und Bollstraße. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes wurde die schon ältere Frau Lorenz, wohnhaft Kanonierstraße 9 in der Friedrichstadt, von einem großen Abfuhrwagen der Firma Koppel überfahren. Die Räder gingen der Unglücklichen direkt über den Kopf. Der Tod trat sofort ein. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause des städtischen Krankenhauses gebracht. —

— **Ein toter Passagier.** Als am Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr der Motorwagen Nr. 69 der Ringlinie am Centralbahnhof hielt, merkte der dienstthuende Schaffner, daß der einzige Fahrgast im Wagen, ein Herr, sich absolut nicht rührte. In der Meinung, der Herr sei eingeschlafen, wollte der Schaffner denselben wecken, wurde aber sofort gewahrt, daß der Fahrgast, ein Rentant beim Bekleidungsamt Namens Brillepp, Bismarckstraße 50 wohnhaft, für immer eingeschlummert war. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag den plötzlichen Tod herbeigeführt. Die Leiche des Mannes wurde zunächst in das Hotel „Zum goldenen Stern“ geschafft, von wo sie per Krankenwagen, im Beisein der schnelligst herbeigeeilten Gattin nebst Tochter, in das Garnisonlazarett überführt wurde. —

— **Ein Schaufenster zertrümmert.** Am Mittwoch abend kurz vor 9 Uhr ging beim Herausnehmen der Webemaschine aus dem Schaufenster der Firma Cohn dieses in Trümmer. Die ahnungslos daneben sitzende Obstfrau bekam einen berartigen Schreck, daß sie über ihre eigenen Obsttöpfe fiel. Von den herumfliegenden Glassplittern wurde zum Glück niemand verletzt. —

— **Von der Straßenbahn-Gesellschaft.** Die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft hatte im Monat Oktober eine Betriebsaufnahme von 165 890,50 Mark, während in demselben Monat des Vorjahres 170 374,50 Mark vereinnahmt wurden. Mithin ein Weniger von 4484 Mark. Dieses fortschreitende Minus an Betriebsaufnahmen ist direkt auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter zurückzuführen. In den Zeiten der Hochkonjunktur schont der Arbeiter seine Kräfte und bemußt hierzu jede sich ihm darbietende Gelegenheit, während der Arbeiter in der Zeit der Krise die 10 Pf.-Stücke, die sonst die Straßenbahn vereinnahmt, zum Ankauf für Nahrungsmittel usw. verwenden muß. —

Zur Stadtverordnetenwahl.

Die Wahlbeteiligung am Mittwoch war eine äußerst lebhaft. Es haben an diesem Tage 1612 Wähler ihr Stimmrecht ausgeübt. Bis zum Donnerstag mittag um 1 Uhr erhielten Stimmen:

| | | |
|---|------|---------|
| Gastwirt Carl Lantau | 1670 | Stimmen |
| Buchdrucker Franz Wehge | 1671 | „ |
| Gastwirt Albert Vater | 1067 | „ |
| Restaurateur Wilhelm Lademacher | 1664 | „ |
| Gastwirt Gustav Böhme | 1675 | „ |
| Geschäftsführer August Fobian | 1670 | „ |
| Krankenkassen-Rendant Albert Gorgas | 1664 | „ |
| Bureaubeamter Ferdinand Bender | 1653 | „ |
| Tischlermeister Ferd. Brüggemann | 1764 | „ |
| Zimmermeister Wihl. Hahn | 1423 | „ |
| Zimmermeister Otto Herrmann | 2631 | „ |
| Mentner W. Schneider | 1712 | „ |
| Rechtsanwalt Georg Gutschke | 1460 | „ |
| Restaurateur Aug. Wolff | 2539 | „ |
| Kapitänmeister Karl Kewler | 2545 | „ |
| Rupferschmiedemeister Otto Rohland | 1729 | „ |
| Kaufmann Oskar Dürrer | 924 | „ |
| Obermeister Wilhelm Jacobs | 936 | „ |
| Bürgerlehrer Emil Stark | 1237 | „ |
| Druckereibesitzer Robert Hesse | 1190 | „ |
| Kaufmann Eduard Röder | 927 | „ |
| Geisplittler | 43 | „ |

Summe niemand, in der letzten Minute noch das Wahllokal aufzusuchen und seine Stimme abzugeben. Es gilt den Einfluß der Arbeitervertreter zu vermehren. Wec fern bleibt, wird damit zum Verräter an unserer großen Sache.

Zum letzten Male: Auf zur Wahl!

Kleine Chronik.

Die Verhaftung eines Frauenmörders, der den besten Gesellschaftskreis von Boston in Amerika angehörte, erregt in der neuen Welt und auch in England großes Aufsehen. Während der letzten Monate wurden in den Vorstädten von Boston fünfzehn weibliche Personen von einem unbekanntem Individuum angefallen und furchtbar mißhandelt. Zwei der Unglücklichen, Agnes Macphie und Clara Morison erlitten den schrecklichen Verwundungen. Clara Morison, Wäscherin in einem Irrenhause, wurde am vergangenen Sonntagabend im Garten der Anstalt ermordet. Diese letzte Missethat führte endlich zu der Festnahme des Verbrechers, welcher begreiflicherweise der Schrecken der Einwohner von ganz Boston geworden war. Allgemein war jedoch das Erstaunen, als man näheres über die Persönlichkeit des Frauenmörders erfuhr. Der Verhaftete ist nämlich Frau G. Mason, Doktor der Harvard-Universität und Mitinhaber der Harmoniumfabrik Mason u. Hamlin. Mason ist sehr reich und Mitglied eines vornehmen Klubs. Als wahrscheinlich gilt, daß er die Ueberfälle auf wehrlose Frauen in unzurechnungsfähigem Zustande begangen hat, da er schon wegen Geisteskrankheit in dem Irrenhause zu Waberkley

interniert gewesen ist; von dort hatte man ihn vor einem Jahre gegen den Willen des Arztes auf Wunsch seiner Familie entlassen. —

Fünf Personen gelihnt.

In der Ortschaft Pohatschenna bei Niew ereignete sich ein schrecklicher Fall von Lynchjustiz. Die Bevölkerung des Dorfes war seit längerer Zeit durch fortgesetzte Pferdebstahlheimeunruhigt worden. Endlich faßten die Bauern fünf Diebe beim Stehlen ab und schlugen auf sie so lange mit Stöcken ein, bis die Unglücklichen tot liegen blieben. —

Ein schweres Explosionsunglück in New-York.

Der Zeitungsbesitzer Hearst hatte aus Anlaß der Feier seines Wahlsieges und desjenigen der demokratischen Partei in New-York in der unmittelbaren Nähe der Madison Square Garden eine große Menge Feuerwerkskörper aufgestapelt, die um 10½ Uhr abends aus unbekannter Ursache explodierten. Die Folge war ein entsetzliches Unglück. Zwölf Menschen wurden in Stücke gerissen, während 62 Personen schwere Verletzungen erlitten. Der Platz war von einer dicht gedrängten Menschenmenge umlagert. Circa 40 000 Personen hatten sich dort Kopf an Kopf zusammengedrängt. Als die Explosion erfolgte, bemächtigte sich der Menge eine ungeheure Panik, was die Verletzung vieler Personen zur Folge hatte. Die Polizei rückte mit 500 Mann an und sperrte den Platz ab. Zwölf Personen, die die Oberaufsicht über das Feuerwerk führten, wurden verhaftet. —

Kleine Tageschronik. Der Schlichter Adams in Aachen tötete seine Frau nach einem Streit in der Sandblaustraße durch Messerstiche. — In Mannheim hat der Geheim Kommerzienrat Meiß anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger einen Fonds zur Begründung eines Museums gestiftet. — In Berlin wurde das Haus Rosenstraße 16, ein moderner Geschäftspalast, gestern abend von einem Brande heimgesucht. Leider fand beim Zusammenbruch einer Holzterrasse zwei Feuerwehrelente zu Schaden gekommen; allzu erheblich sind die Verletzungen derselben jedoch anscheinend nicht. — Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den Angeklagten Becker wegen Landesverrats zu 3½ Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen. — In einer Wollspinnerei zu St. Oport brach gestern nachmittag Feuer aus, durch welches drei Personen das Leben einbüßten und viele verletzt wurden. Das Feuer ist bisher noch nicht gelöscht. — Gestern mittag erschoss sich in Pzemyssl durch einen Schuß ins Herz die 41-jährige Gattin des Feldmarjallschlieffenants Alfons Matowiczka. — In Forst bei Wilsfel stürzten zwei im Bau befindliche Häuser ein. Acht Arbeiter wurden verschüttet, fünf von ihnen sind bereits tot aus den Trümmern hervorgezogen worden. Man fürchtet, daß die übrigen drei Verschütteten ebenfalls ums Leben gekommen sind. — Ein heftiges Erdbeben wurde gestern nacht in Ugram wahrgenommen. — In Teplic-Schönau erschoss sich der Gen darm Junke auf Posten bei Mariaschein aus Furcht vor einer Verhaftung. — Die Prater Bark „Freya“, Kapitän Ahen, ist auf der Reise von Manzanillo nach Punta Arenas verloren gegangen. — Das Schwurgericht zu Riga sprach gegen den Mörder Widal, der zwei Frauen ermordet und drei andere zu toden versucht hatte, das Todesurteil aus. — Ocos, früher einer der bedeutendsten mexikanischen Häfen an der Pacific-Küste ist fast vollständig in die See versunken. — Fürst Matijas Radzwill wurde auf dem Bahnhofe zu Warschau von einem Manne, der ihn vergebens um Reisegeld angeprochen hatte, durch Mittelschläge schwer verletzt. — Der Postdampfer „Kensington“ der „Red Star-Line“, in Antwerpen, ist laut Telegramm am 4. November wohlbehalten in New-York angekommen. —

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Depeschen-Bureau.)

London, 6. November. Das Unterhaus begann gestern abend 9 Uhr seine Sitzung mit der Beratung der Kredite für Transvaal. Nach einer Rede von Sir William Harcourt ergriß Chamberlain unter großem Beifall das Wort. Der Minister erklärte, es sei das letzte Mal, daß er vor seiner Abreise nach Südafrika vor dem Hause das Wort ergreife. Er legte sich Rechenschaft ab über die Wichtigkeit seiner Mission. Der Minister stellt fest, daß der Krieg England 255 Millionen Pfund Sterling (5 Milliarden und 100 Millionen Mark) gekostet hat. Er drückte sein Vertrauen in die Zukunft aus und ver sprach die Vereinigung der südafrikanischen Kolonien in eine einzige unter der Oberhoheit Englands. Um 1/2 Uhr nachts wurden die Kredite ohne Abstimmung angenommen. —

London, 6. November. Schall Burger war heute während der Debatte über die Transvaal-Anleihe im Unterhause anwesend. Er wurde durch Chamberlain eingeführt und hatte mit diesem eine lange Unterredung. —

Rom, 6. November. Die „Tribuna“ berichtet, daß die Regierung bereit sei, England die Erlaubnis zu erteilen, Truppen über italienisches Gebiet zu senden, um eine neue Expedition im Somalilande zu unternehmen. Der Wortlaut des Abkommens ist jedoch noch nicht festgestellt. —

Rantes, 6. November. Der Wortlaut des Schiedspruchs im Bergarbeiter-Streit wurde gestern abend hier bekannt. Die Gewerkschaft traf sofort Maßregeln, um Demonstrationen zu verhindern. Am dem Bahnhof hatten Tausende Aufstellung genommen, um die Rückkehr der Delegierten abzuwarten. Bei ihrer Ankunft fanden Kundgebungen statt, die jedoch keinen ernstlichen Charakter trugen. —

Clermont-Ferrand, 6. November. Gestern abend 7 Uhr wurde eine Gruppe von Frauen und Kindern, welche den arbeitenden Bergleuten Essen bringen wollten, von Streifenden angegriffen. Eine Abteilung Jäger zu Pferde zerstreute die Angreifer, worauf die Frauen, um weitere Mißgeschick zu verhüten, von den Soldaten nach Rantes zurückgeführt wurden. —

Madrid, 6. November. General Toral, welcher in St.ago das Kommando führte, als die Kapitulation erfolgte, ist gestern in Murcia plötzlich wahnsinnig geworden. —

Mailand, 6. November. Die gesamte Bevölkerung von Bordo Maggiore in der Provinz Ferrara beschloß nach Argentinien auszuwandern, weil die männliche Bevölkerung wegen des Streiks in Mailand und Genua keine Arbeit findet. —

Paris, 6. November. (Fig. Drahtber.) Das Gericht, das Waldeck-Rousseau, welcher sich gegenwärtig in Florenz aufhält, eine Audienz bei Viktor Emanuel haben werde, bestatigt sich nicht. —

Paris, 6. November. (Fig. Drahtber.) Angesichts der über den Abschluß des französisch-siamesischen Vertrages entstandenen Frage hat Delcasse beschlossen, der Kammer die nötige Aufklärung zu geben, die er anfänglich beabsichtigt hatte, der Öffentlichkeit vorzuenthalten. —

Rhein, 6. November. (Fig. Drahtber.) Vorbehaltlich der Genehmigung des Papstes wurde heute der frühere Weihbischof Dr. Antonius Fischer zum Erzbischof von Köln gewählt. —

Paris, 6. November. (Fig. Drahtber.) Wie aus Rouen gemeldet wird, ist seit mehreren Tagen vor der Wohnung des früheren Postiers der Familie Humbert ein Polizeiposten aufgestellt, da man annimmt, daß die Humberts sich dort verborgen hätten. —



Fr. Bethge

Druckerei der Volksstimme • Magdeburg
Grosse Münzstrasse Nr. 3

fertigt schnellstens
sauber, preiswert:

Versammlungszettel
Flugblätter
Plakate
Statuten, Quittungs-
bücher
Sämtliche Formulare
für Krankenkassen
u. Gewerkschaften
Programme
Eintrittskarten
Drucksachen für Pri-
vate und Geschäfte

Auswärtige Aufträge
werden prompt erledigt



Olvenstedt.

Bei **Ed. Schoendube,**
Morgenstr., ist gutes
Winterobst
zu verkaufen. 6324

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Eringt u. a. in Nr. 5 nachstehendes:

- F. Mehring,** Aus den ostelbischen Winterwäldern.
- Kurt Eisner,** Bolas Wert.
- Ehhard,** Bauer und Sozialdemokratie.
- Wilhelm Düwell,** Schönfärberei in der Unfallstatistik.
- P. Louis,** Der Streit der französischen Minenarbeiter.
- Baudert,** Die Nummerierung der Garne.
- Verus,** Der Kongress der Galben.

Preis pro Nummer 25 Pfennig
einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Buchhandlung Volksstimme.

Wir empfehlen:

Das Recht

im gewerblichen Arbeits-Verhältnis

von Mich. Sipinski.

Das Buch enthält die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
die Bestimmungen der Gewerbeordnungen des Bundesrats und den
Gesetzestexten der Gewerbeordnungen sowie die des Reichsgerichts.

Vollständig.

15 Seiten. Vollständig à 10 Pfg. = 1.50 Mt.
Das Buch ist in 10 Tagen erschienen ein Heft.

Wieder eingetroffen

Die Tuberkulose

als Volkskrankheit und deren Bekämpfung

Preis 15 Pfg. Preis 15 Pfg.
Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme.

Aschersleben!

Roschfleischerei
mit elektr. Betrieb. Täglich frisch
geschlachtete Roschfleischwaren so-
wie ein fr. Glas Bier. Gleich-
zeitig mache ich auf mein durch
elektr. Kraft getriebenes Drehkriem
neuester Konstruktion aufmerksam.
254 Hochachtungsvoll

A. Engers, Hopfenmarkt 14
Filiale Oberstraße 47.
Telephon • Anschluß Nr. 488.

Halberstadt
Grösste Neuheiten
in 1142

Pelz-Colliers
von Mt. 0.95 an empfiehlt
H. Köper, Halberstadt
15 Hoheweg 15.
Reparaturen und Umänderungen
sauber und billig.

Burg.
Puppen - Perücken!
sowie Püpe 1207
werden billigst angefertigt
Emil Bittkau, Friseurgeschäft
Schwarzenberg 3 u. 57.

Avis!

Heute Freitag und morgen
Sonnabend
ermäßigte Preise

für
Rindfleisch
Rind-, Schweine-
und
Lammfleisch

zu bekannt äusserst niedrig ge-
stellten Preisen.

A. Bosse
14 Gr. Münzstraße 14

49

Jakobstraße

Buchhandlung

Volksstimme

Jakobstraße 49.

Telephon 1567.

— Gegründet 1890. —

Bleifedern

Nur gute tadellose Qualitäten

Dugend 1 Mart | Dugend 50 Pfg. | Dugend 25 Pfg.
Stück 10 Pfg. | Stück 5 Pfg. | 2 Stück 5 Pfg.

Buntstifte in Etuis

Dugend 45 Pfg. | Dugend 10 Pfg. | Not- u. Blaustifte
½ Dugend 25 Pfg. | ½ Dugend 5 Pfg. | von 5 Pfg. an

Tuschkasten | **Radiergummi** | **Flüssig. Leim**
in groß. Auswahl | in allen Qualitäten | à 10 und 25 Pfg.

Flechten - Hautausschläge

Gesichtsröte, Entzündungen, Geschwüre (syphilitischer
Art), offene Beine, Wundsein, Hämorrhoiden, aufge-
sprungene Haut, Aufgelegensein, Umsauffinger,
Frostbeulen, Brandwunden beseitigt die von hervor-
ragenden Ärzten
empfohlene

Wenzelsalbe.

Präpariert mit Verdienstkreuz, rote Kreuz und großen goldenen Medaillen.
Erfolg durch zahlreiche Urteile nachweisbar. Erhältlich in den Apotheken.
Magdeburg: Löwen-Apotheke, Dr. O. Krause, Drogen en gros. Preis 1 Mt.
Rpt: Myrthe 2, Camphor 1,75, Weisrauch 1,75, Zerpentin 1,05, Peru-Balsam 0,875,
Eisenerz 0,875, Olivenöl 10, Fett 9,6, Wachs 7, Molendöl 0,01 gr.

**Globus-
Putz-Extract**
putzt besser als jedes andere Putzmittel

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

unentgeltlich

Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeits-
kräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
Männliche Abteilung: Rathauskolonnenaden an der Johannisbergstraße.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanruf: Mathans Nr. 2150-2155.

Central-Verband der Schmiede

und aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Zahlstube Magdeburg.
Sonnabend, den 8. November 1902, abends 8½ Uhr
bei Böhm, Kleine Klosterstraße 15/16

Mitglieder - Versammlung

Tages-Ordnung: 1214
1. Vortrag des Kollegen Peter Leipzig. 2. Bericht vom Kartell.
3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Bureau: Faßlochsberg 5. Geöffnet 8-2 und 4-7 Uhr.
Sonntag, den 9. November, vormittags 11 Uhr
tagen die

Werkstatt-Delegierten

im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.
Kollegen! Seit langer Zeit haben die Werkstatt-Delegierten nicht
mehr getagt, deshalb ist es Pflicht jeder Werkstatt, in den nächsten
Tagen ihre Delegierten zu obiger Versammlung zu ernennen und zwar
bis zu 10 Gesellen einen Delegierten, bis 20 Gesellen zwei Delegierte,
und wo mehr Gesellen arbeiten und mehrere Werkstätten bestehen, aus
jeder Werkstätte einen Delegierten.
Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß unser Herbst-
Vergnügen im „Weißen Hirs“, Neustadt, am Sonnabend, den
8. November, stattfindet. Programme sind im Bureau und bei den
Bezirkskassierern zu haben.
Die Verwaltung.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Stephansbrücke Nr. 38. - Telephon: Nr. 276.

Mitglieder - Versammlung

Sonnabend, den 8. November, abends 9 Uhr
im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.
Tages-Ordnung:
1. Die Unfallversicherungs-Gesetzgebung. Referent: Stadtverordneter
Richard Ritich. 1215
2. Betriebsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Werte Freunde und Genossen! Ich
empfehle zu spottbilligen Preisen:
Neue schwarze Herren - Cheviot-
Anzüge, 15 Mt., neue Herren-
Tropfen, 6.50 Mt., neue Herren-
Cheviot-Hosen, 3.75 Mt., sowie
getrag. Herren-Anzüge, Herren-
Jacketts, Hosen, getrag. Damen-
schon, Wäsche, Stiefel, Taschen,
Uhren, Fahräder usw. **Hugo**
Bollmann, Blaueckstr. 21,
Edelgeschäft. 951

Einige Centner

saubere
Makulatur

billig abgegeben in der
Buchhandlg. Volksstimme

Heute und folgende Tage
verlaufe ich große Posten zurück-
gegebener
Schuhwaren
zu jedem annehmbaren Preise.
B. Wolff
Große Marktstraße 16.

Nur 30 Pfg.!

kostet jede der nachfolgenden
Droschkuren:

- Die Prostitution im 19. Jahrhundert.**
Von Alfred Blaschko.
 - Die Frau im 19. Jahr-
hundert.**
Von Theresie Schlegel-Edstein.
 - Aberglaube und Mystik
im 19. Jahrhundert.**
Von Julius Weder.
 - Die Soziologie im 19. Jahr-
hundert.**
Von Dr. Cajimir v. Kelles-Kraus.
- Jeder Kolporteur
und jede Zeitungsansträgerin
nimmt Bestellungen an.
Buchhandlung Volksstimme.

Frischen

Schellfisch
empfiehlt 1217

F. C. Hartung
Sudenburg
Halberstädterstr. 39 a.

Achtung! Achtung!
Die schönsten 1211

Brote
liefert

Gustav Moritz,
Bäckermeister,
Kleine Storchstraße Nr. 5.

Nichtentzettel
der Magdeburger Volksstimme
Hauptwache 5 und Neustadt,
Schubstraße 61.
Freitag: Schmorlohl, Salzartoffeln
und Schweinebraten.
Sonnabend: Reissuppe mit Rind-
fleisch.

Cirkus.

Täglich abends 8 Uhr
Gustav Kluck's
Erste Magdeburger
Volksfänger-Gesellschaft.
Ein
Sensations-Programm
„Ohm Krüger“
„Neu Heidelberg“
Vorzugstorten gültig.

Walhalla

Um 9 Uhr:
Paul Jülich
mit seinen
neuesten Schlagern
ferner
das mit so großem Beifall
aufgenommene
**November-
Programm.**

Stadt-Theater.

Freitag, den 9. November 1902.
Fidelio.
Sonntag, den 9. November 1902.
Nachmittags - Vorstellung
zu ermäßigten Preisen
Der Freischütz.

Standesamt.

Magdeburg, 5. November.
Aufgebote: Schneider Rudolf
Albert Klupp in Neustadt mit Ida
Marie Hermine Köhle in N.-Robens-
leben. Gürtelbinder Hermann Strube
in Schlanstedt mit Elisabeth Schlep-
hake in Waderleben. Fabrikarbeiter
Louis Paul Richter mit Anna
Heißinger in Veg. Ober-Pöhl-Platt.
Dito Viktor Lange hier mit Ida
Wäcker in Wernigerode. Schmied
Christian Friedrich Franz Finke in
Budaun mit Bertha Sophie Trube-
wig in N.-Mansleben. Schuhmacher
Hermann Holsburg hier mit Luise
Delze in Dahlenwälden.

Cheslliehung: Vieh-Kom-
missionär Karl Ulrich mit Margarete
Giesecke hier.
Geburten: Paul, S. des
Klempnermeisters Paul Franz, S.
des Kaufmanns Feib Baensch Wil-
helm, S. des Sergeanten Wilhelm
Oppermann, Elisabeth, T. des
Kaufmanns Emil Domsagen, Ma-
rianna, T. des Bäckermeisters Paul
Schurig, Elisabeth, T. des Hotel-
dieners Otto Buro, Kurt, S. des
Schneiders Richard Wlad. Herbert,
S. des Kontoristen Gustav Lehning.

Todesfälle: Ernst Werner,
Hausknecht, 38 J. 24 T. Luise
geb. Elzemann, Ehef. d. Wäfflers
Karl Wensing, 21 J. 2 M. 5 T.
Karl Döster, Pfärmer und Vot.
66 J. 3 M. 5 T. Bertha geb.
Fischer, Ehefrau des Drechslers Karl
Drenthahn, 58 J. 6 M. 6 T. Bar-
bara geb. Hoffmann, Witwe des
Landwirts Freyermuth, 66 J.
11 M. 8 T.

Neustadt, 5. November.
Aufgebote: Arbeiter Johann
Christian mit Ida Fedde. Ma-
schinenschlosser Feinr. Friedr. Otto
Drenkmann mit Emmi Anna Elise
Schneider.

Geburten: Martha Charlotte
Aguet, unehelich. Grete u. Hans,
Zwillingsk. des Arbeiters Eduard
Wickner. Gena, T. des Sattlers
Paul Haberland. Franz, S. des
Straßenb.-Schaffn. Simon Hading-
Willy, S. des Arb. Wilh. Schulz,
Lucie Anna, unehelich. Wilh., S.
des Arbeiters Christian Dierdorf.
Erich, S. des Werkführers Wilhelm
Meier.

Todesfälle: Wwe. des Arb.
Feinr. Wils, Dorothe geb. Schu-
mann, 61 J. 6 T. Margarete, T.
des Arbeiters Otto Hoff, 13 T.

Maherleben.
Aufgebote: Bergarbeiter Max
Giebelhaußen mit Anna Geier.

Geburten: S. des Eisenb.-
Telegraphisten Karl Franke, S. des
Maurers Herm. Böblich, T. unehel.
Todesfälle: Marie, T. des
Bambolochers Anton Johne, 1 M.
13 T. Elisabeth, T. unehel., 1 M.
24 T.

Burg, 3. November.
Aufgebote: Zwicker Hermann
Otto Besche mit Klara Bertha Gerh-
land.

Geburten: T. des Weigerb.
Ignaz Quartier, T. des Müllers
Bruno Anders, T. des Material-
warenhändl. Otto Wahn.
Todesfälle: Ehefrau des
Maurers Karl Knake, Klara geb.
Fehlau, 24 J. Frieda, T. des
Materialwarenhändl. Otto Wahn, 1 T.

Rom 4. November.
Geburten: S. des Tischlers
Wihl. Enger, S. des Schuhmach.
Franz Jannemann.

Todesfälle: Emil, S. des
Fabrikarb. Emil Franke, 1 J. Auguste,
T. des Schneid. Wilh. Walsleben,
9 J. Henriette geb. Schmidt, Wwe.
des Arb. Friedr. Richter, 70 J.

Schönebeck.
Aufgebote: Gastwirt Christoph
Valentin Otto Höhne mit Emma
Wrosel, beide in Wiere. Fabrikar-
beiter August Walthig hier mit
Marie Blume in Groß-Salze.

Geburten: Erich, S. des
Schlossers Ernst Thormäcker, Eli,
T. des Tischlers Reinhold Rauch.
Todesfälle: Witwe Dorothee
Urban geb. Wallstab, 64 J. 10 M.
14 T.